

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## AUS DEM INHALT

Wolfgang Pannenberg  
Nation und Menschheit

Hans Hermann Walz  
Deutschland als geistige Aufgabe

7

JULI 1965

13. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

## Inhaltsverzeichnis

<b>Adlai E. Stevenson</b>	<b>1</b>
<b>Zum Wahlkampf 1965</b>	<b>3</b>
Eberhard Amelung	
<b>Kurz kommentiert</b>	<b>4</b>
<b>Nation und Menschheit</b>	<b>6</b>
Wolfhart Pannenberg	
<b>Deutschland als geistige Aufgabe</b>	<b>13</b>
Hans Hermann Walz	
<b>Bücher</b>	<b>19</b>
Gerhard E. Stoll, Die evangelische Zeitschriftenpresse im Jahre 1933	
<b>Leserbriefe</b>	<b>19</b>

---

### Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Professor Dr. Wolfhart Pannenberg (Mainz-Gonsenheim, Am Müller-Wäldchen 11) ist Ordinarius für Systematische Theologie an der Universität Mainz. — Dr. Hans Hermann Walz (Fulda, Magdeburger Str. 19) ist Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers

und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU/CSU

13. Jahrgang, Heft 7  
Juli 1965

## Adlai E. Stevenson

Am 14. Juli starb Adlai E. Stevenson, als er in London weilte. Mit ihm verliert Amerika, verliert die Welt mehr als einen begabten Politiker, der seinem Land in vielen Positionen gedient hat. Ein begabter Politiker war er ohne Zweifel. Er hat sich in dem in Amerika gewiß nicht leichten politischen Kampf durchgesetzt, sich als Gouverneur des Staates Illinois bewährt, sodaß ihn seine Partei zweimal als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen nominierte. Er wurde dabei einer der großen Verlierer der Geschichte, als er der überragenden Popularität des Generals Eisenhower unterlag.

Aber Adlai E. Stevenson war mehr als ein Mann, der die Spielregeln des politischen Geschäfts beherrschte. Neben Winston Churchill und Dag Hammarsköld gehörte er zu den geistbegabten Politikern, für die die Politik nicht in pragmatischen Entscheidungen, die den Forderungen des Tages genügen, aufgeht. Diese drei Männer wußten vielmehr um die Tiefendimension der Politik, wußten darum, daß auch die Politik für die umfassende Wirklichkeit des Lebens transparent sein muß. Solches Wissen ist der Boden für eine schöpferische Phantasie, die neue Formen des menschlichen Zusammenlebens und überraschende Lösungen alter Konflikte erdenken kann. Aus diesem Wissen folgt auch die Freiheit, Unpopuläres zu wagen und schließlich der Mut, zu durchdachten Überzeugungen zu stehen. Gleich den beiden anderen hatte Stevenson einen scharfen, kritischen Verstand, der ihm half, durch alles Wunschdenken hindurch zu den Tatsachen vorzudringen. Sein überströmender Humor machte ihn darüber hinaus zu einem kaum zu überbietenden Diskussionsredner.

Adlai E. Stevenson war ein überzeugter Liberaler, der für die verantwortete Freiheit eintrat, wo immer er sie in der amerikanischen Gesellschaft bedroht sah. Er kämpfte für die Gleichberechtigung der Rassen ungeachtet der Tatsache, daß er auf diese Weise den amerikanischen Süden seinem Gegner Eisenhower in die Arme trieb. Er verfocht als Unitarier die scharfe Trennung von Kirche und Staat als eines der Grundprinzipien der amerikanischen Gesellschaft. Wo immer sich Männer um die liberalen Prinzipien scharten, da war er zu finden. Sein politisches Denken wurde nicht so sehr von Visionen geleitet, wie es bei John F. Kennedy der Fall war. Er dachte von Prinzipien her, aber nicht, weil sie sich in der Vergangenheit bewährt haben, sondern insofern in ihnen die Zukunft sichtbar wird. In diesem Sinn war er ein sehr moderner Mensch und deshalb hatte er wahrscheinlich seinen stärksten politischen Rückhalt in dem modernsten aller amerikanischen Staaten, nämlich in Kalifornien. Noch 1960 versuchten seine dortigen Anhänger, ihn dem demokratischen Kongreß als Präsidentschaftskandidaten aufzuzwingen.

Weil er ein Liberaler war, wurde er zum Sprecher der westlichen Welt in den Vereinten Nationen, auf dessen Wort auch die neutralen Staaten hörten. Man hat ihn nie in dieses Amt gewählt, und er wurde es auch nicht als Repräsentant der stärksten westlichen Macht. Sein überragender Geist und sein politisches Geschick machten ihn dazu. Es ist viel daran gerätselt worden, warum der verstorbene Präsident Kennedy dem Drängen vieler einflußreicher Demokraten nicht nachgab und ihn nicht zum Außenminister machte. Vieles mag bei dieser Entscheidung eine Rolle gespielt haben. Rückblickend wird man aber sagen dürfen: durch die Entscheidung, Stevenson nach New York zu senden und ihm Kabinettsrang zu verleihen, hat Kennedy die Vereinten Nationen erheblich aufgewertet. Auch wenn in den letzten Jahren viele wichtige weltpolitische Entscheidungen außerhalb der Vereinten Nationen ausgehandelt wurden, so waren der Sicherheitsrat und die Vollversammlung in New York doch stets der Ort, wo das Klima der Weltpolitik weitgehend bestimmt und auf jeden Fall sichtbar wurde. Stevenson hat von hier aus einen erheblichen Einfluß auf die Weltgeschichte der letzten Jahre ausgeübt.

Nur zögernd hat Adlai E. Stevenson das höchste Amt der Vereinigten Staaten angestrebt. Oft wußte man nicht, ob er es wirklich wollte, oder ob ihn nur seine Freunde, von denen er unzählige in allen Schichten der Bevölkerung besaß, dazu drängten. Aber vielleicht hatte er einen besseren Instinkt als seine Freunde, vielleicht zögerte er aus der Erkenntnis heraus, daß er sich letztlich doch nicht schnell genug entscheiden könnte. In der Kubakrise gehörte er zu den Beratern des Präsidenten, die einen vorsichtigen Kurs empfahlen. Wahrscheinlich gelang es ihm aber nur deshalb, die Welt von der Notwendigkeit des harten Kurses durch seine Reden im Parlament der Nationen zu überzeugen. Seine Auseinandersetzung mit dem Vertreter der Sowjetunion bei jener Gelegenheit wird in die Geschichte eingehen als eine der großen politischen Diskussionen.

In Adlai E. Stevenson war die in Deutschland so oft gepriesene und so selten verwirklichte ideale Beziehung von Geist und politischem Sinn Wirklichkeit geworden. Er war ein Intellektueller, aber einer, auf den unsere Kategorien von links und rechts nicht

angewandt werden können. Er hatte Geist und brauchte deshalb nicht mit ihm zu kokettieren, wie es bei uns üblich ist. Glücklich ein Land, das solche Politiker hat; glücklich ein Land, in dem intellektuelle Politiker auch noch populär sein können.

## Zum Wahlkampf 1965

Unsere an der Oberfläche weitgehend versachlichte Welt hat das Ende der Weltanschauungsparteien gebracht. Diese Entwicklung läßt sich in allen westlichen Demokratien beobachten und selbst östliche Staaten können sich dem Trend nicht entziehen. Entsprechend verblassen die Konturen der Parteien und dementsprechend schwer hat es der Wähler, wenn er sich entscheiden soll. Tradition und Interessen prägen daher im allgemeinen sein Urteil.

In dieser Situation sind alle Vorstellungen verfehlt, die sich hinsichtlich der Profile der Parteien am Herkömmlichen orientieren. Regierungspartei und Opposition können nur noch in Grenzen mit Prinzipien aufeinander losgehen. Dennoch müssen sie Regierungs- und Oppositionspartei bleiben, denn die Demokratie kann auf die Kontrollfunktion der Opposition nicht verzichten und darüberhinaus darf man hinsichtlich dessen, was für den Staat sachlich notwendig ist, nicht von vornherein eine einheitliche Meinung unterstellen. Deshalb geht alles Gerede von der großen, größeren oder noch größeren Koalition, die die Situation erfordert, an der Sache vorbei.

Im Wahlkampf 1965 muß deshalb von der Sache geredet werden. Kandidaten und Redner der Parteien, die meinen mit Klischees und leeren Begriffen dem Wähler, ihrer Partei oder dem Staat dienen zu können, sollten zu Hause bleiben. Man muß von ihnen erwarten, daß sie etwas von den sachlichen Problemen unseres Staates zu sagen wissen und das auch sagen. Das ist im Grunde auch das, was den Wähler wirklich interessiert und was ihn interessieren soll.

Und ein Weiteres. Frühere Parteien und ihre Repräsentanten durften den Wählern vielleicht noch ein goldenes Zeitalter versprechen. Wir wissen heute zu viel, um das noch zu dürfen. Alles, was wir versprechen können, ist schlicht und einfach der Versuch, einzelne Probleme unseres Staates morgen zu lösen, nicht alle auf einmal und nicht alle in der ein für allemal gültigen Weise. Wir müssen aber wissen — heute mehr denn je —, daß wir auch das nicht ohne die Hilfe der Wähler können. Deshalb muß jedes Versprechen zugleich eine Forderung sein. Es sollte keine Kandidaten und keine Redner der Parteien geben, die ihren Hörern nicht eindeutig sagen, daß wir alle die Geforderten sind. Keiner kann heute Versprechungen auf Kosten anderer erfüllen. Wir alle müssen zahlen. Wenn die Bevölkerung das am Ende dieses Wahlkampfes erkannt hat, hat sich der Wahlkampf gelohnt. Sonst nicht.

## kurz kommentiert

### Erklärung zu den Angriffen gegen Dr. Conring, MdB

Seit einigen Wochen beschäftigen sich einige Tageszeitungen mit der Tätigkeit des Herrn Dr. Conring als Beauftragten der Deutschen Besatzungsmacht in der Provinz Groningen.

Er selbst hat dazu folgende Stellungnahme gegeben: „Entgegen den Darstellungen in der Presse war ich in Groningen weder „für den Arbeitseinsatz noch für die Aussiedlung von Juden verantwortlich“, da diese Dinge außerhalb meiner Zuständigkeitsbereiche lagen.

Das ist bereits mehrfach beweiskräftig dargetan. — Die Mitteilung, ich sei für standgerichtliche Erschießungen mitverantwortlich, ist nachweisbar falsch. Ich habe zu keinem Zeitpunkt mit standgerichtlichen Erschießungen auch nur das Mindeste zu tun gehabt.

Niederländische Sondergerichte haben nach dem Kriege die für Kriegsverbrechen in den Niederlanden Verantwortlichen — Deutsche und Niederländer — in großer Zahl abgeurteilt. Gegen mich ist keine Anklage erhoben. Ebenso sind jahrelange Ermittlungen gegen mich von deutscher Seite — nach Prüfung durch drei Instanzen — eingestellt.

Eine deutsche Tageszeitung, die in vergrößerter Form diese Behauptungen aufstellte, wurde erst kürzlich von mir vor Gericht veranlaßt zu erklären, daß sie ihre Behauptungen nicht aufrecht erhalte, sie nicht wiederholen werde, alle Gerichts- und Anwaltskosten und dazu eine Geldentschädigung an mich zahlen werde. Wer über die Tätigkeit der deutschen Besatzungsmacht urteilen möchte, müßte zumindest eine genaue Kenntnis der damaligen politischen und militärischen Lage im besetzten niederländischen Gebiet haben. Einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Bemerkungen reichen dafür jedenfalls nicht aus.

Es sind seit Jahren immer die gleichen Verdächtigungen, die bereits oftmals geprüft und widerlegt wurden, aber dennoch immer wieder in die Öffentlichkeit lanciert werden. Sie können gern noch ein weiteres Mal überprüft werden. Das Ergebnis wird sich allerdings dadurch kaum ändern. Bei der erneuten Überprüfung würde dann auch Gelegenheit sein, die einseitigen niederländischen Behauptungen und Unterstellungen richtigzustellen.“

Ich kenne Dr. Conring seit mehr als 40 Jahren. Ich habe die in der vorstehenden Erklärung angegebenen Vorgänge nach den mir vorgelegten Unterlagen aktenmäßig überprüft und kann bestätigen, daß danach die obige Darstellung von Herrn Dr. Conring zutreffend ist.

---

Zu unserem Bedauern hat sich in dem Beitrag von Ulrich Mann „20 Jahre danach — Schuld und Schulden“ (Heft 5/1965) ein Druckfehler eingeschlichen. Auf S. 11, Zeile 3, rechte Spalte muß es „vorwärts“ statt „rückwärts“ heißen („nach vorwärts richten“).

Mir ist es ein Bedürfnis, noch eine weitere Angelegenheit zu behandeln, die in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den vorstehend erörterten Dingen zur Sprache gekommen ist.

Es wurde Herrn Dr. Conring vorgeworfen, er habe einem niederländischen Theologieprofessor in einem Gespräch erklärt, der Nationalsozialismus könne nur siegen, wenn die Kirchen und die Juden vernichtet würden.

Ich weiß genau, daß Herr Dr. Conring ein betont christlich eingestellter Mensch ist. Eine solche Äußerung würde seinem ganzen Wesen diametral widersprechen. Welcher Geist in der Familie herrscht, ist schon daraus zu entnehmen, daß von den 6 Kindern 4 hauptamtliche Theologen sind.

Mir haben auch Erklärungen von mehreren ev. Pfarrern vorgelegen, die mit Dr. Conring noch nach 1933 zusammengearbeitet haben und die bestätigt haben, daß er sich stets positiv zu kirchlichen Fragen eingestellt hat.

Ich halte es für wichtig, daß die evangelischen Freunde der CDU von diesem Sachverhalt Kenntnis erlangen.

Dr. Hans Wilhelm

### Politik geht alle an

Wer in den letzten Wochen die innenpolitische Entwicklung in Westdeutschland aufmerksam verfolgt hat, konnte einige merkwürdige Beobachtungen machen.

Dürfen wir es einmal ein wenig salopp sagen? Es herrscht Leben in unserer deutschen Bude. Allenthalben regen sich Gruppen und Grüppchen, die sich zu Fragen des öffentlichen Lebens äußern, kundig und weniger kundig, immer aber mit Engagement. Bemerkenswert ist es, daß sich diese Bewegungen außerhalb der Verbände vollziehen, außerhalb der Kirchen zum Beispiel, auch außerhalb der Parteien. Da gibt es eine Aktion „Sorge um Deutschland“, zu der Männer der Kirche wie Ernst Wilm, Kurt Scharf und Edmund Schlink gehören und die den „geistig-moralischen Zerfall überwinden will“. In einem ersten Aufruf der Gruppe lesen wir: „Viele Filme, gewisse Fernsehsendungen, Illustrierte und mancherlei Literatur bringen, häufig als Kunst getarnt, aus reiner Profitgier einen erschreckenden Anschauungsunterricht in Brutalität, Mord, verwilderter Sexualität und Mißachtung des werdenden Lebens. Damit werden verderbliche Leitbilder für Millionen von Menschen geformt . . .“ Hier treibt die Sorge um Deutschland Männer dazu, das Wort zu ergreifen. Ihre Stimme soll gehört werden, wenn sie sich klare Rechenschaft geben über ihre Ziele und den Weg, auf dem sie sie erreichen wollen. Es wäre gut, wenn die Initiatoren sich ein wenig deutlicher und konkreter äußern würden, mit welchen Mitteln sie welche Ziele erreichen wollen.

Es ist gut, wenn nicht immer die Kirche selbst, sondern auch ihre Glieder die Initiative ergreifen, um zu bestimmten Fragen des öffentlichen Lebens Stellung

zu nehmen. Davon lebt die Demokratie, daß sich in ihr die Kritik und der Wille zur Mitarbeit regen. Auch Kritik ist Mitarbeit in der Demokratie, weil sie Schwächen in Staat und Gesellschaft bloßlegt und damit die erste Voraussetzung zu ihrer Überwindung schafft. An diese — beinahe möchte man sagen, banalen — Grunderfahrungen demokratischen Lebens muß erinnert werden, weil es in Deutschland leider immer noch weithin üblich ist, Kritik, zumal dann, wenn sie scharf ist, als „destruktiv“ zu bezeichnen.

Kritik ist immer destruktiv, oder sie ist keine Kritik. Rolf Hochhuth schrieb unlängst im Hamburger „Spiegel“ über die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik und bediente sich dabei eines Ausdruckes, der als Tabu gilt, weil er die friedlichen Kreise des Bundesbürgers stören könnte: „Klassenkampf“. Es ist hier nicht der Ort, den Gedanken Hochhuths näher nachzugehen, aber eines ist sicher: seine Auffassungen sind nicht so weltbewegend, daß man sich über sie in hohen und höchsten Kreisen sonderlich erregen müßte, schon gar nicht im Wahlkampf.

Aber eines muß man anerkennen, daß er gewagt hat, als Bühnenschriftsteller zu politischen und sozialen Fragen Stellung zu nehmen. Wann wird es in Deutschland endlich selbstverständlich sein, daß Literaten zur Politik etwas sagen, sei es Sinn oder Unsinn. Aber sie sollen doch wohl mitten in der Gesellschaft und nicht am Rande stehen? Dazu gehört es aber, daß sie sich am politischen Getriebe beteiligen. Allein deswegen ist es erfreulich, wenn einige Poeten mit einigen guten und zahlreichen schwachen Argumenten für eine „neue Regierung“ plädieren und ihren Standpunkt in einem kleinen Buch voller Polemik darlegen, oder wenn jüngere Wissenschaftler in einem Taschenbuch „Zehn streitbare Thesen“ vorlegen, mit denen sie eine ihres Erachtens unvernünftige Politik attackieren, auf eine höchst geistreiche, wenn auch nicht gerade überzeugende Weise. Wie der Beitrag zur Lösung unserer deutschen Probleme, den solche Streitschriften liefern, denn auch zumeist in keinem Verhältnis zu dem Aufwand steht, der da gemacht wird.

Es war zunächst zu befürchten, daß der Wahlkampf dieses Jahres langweilig, ja steril werden könnte. Vielleicht zwingen alle diese Aktivitäten außerhalb ihrer eigenen Reihen die Parteien dazu, Farbe zu bekennen und sich zu den Fragen zu äußern, die die Menschen in unserem Lande wirklich bewegen. Wenn das erreicht würde, hätten die Initiativen der Kirchenmänner, der Poeten und der Literaten zur Verlebendigung unserer Demokratie beigetragen. -el-

#### Ein Gesetz und ein Urteil

Das englische Oberhaus hat zum zweitenmal das Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe beschlossen. Der erste Versuch scheiterte am Oberhaus, das dem Gesetz seine Billigung versagte. Zwar hat das Veto des Oberhauses nur aufschiebende Wirkung, aber

die Kraft des vom Unterhaus beschlossenen Gesetzes erlischt mit dem Ende der Sitzungsperiode.

Wie zu einer Illustration der Beschlüsse in Großbritannien meldeten die Zeitungen an demselben Tag den Ausgang des viel besprochenen Mariotti-Prozesses. Das Gericht sprach die Frau, die dreieinhalb Jahre in Untersuchungshaft saß, aus Mangel an Beweisen frei. Es war von der Wertlosigkeit der Aussagen des Hauptbelastungszeugen überzeugt.

Frau Mariotti war in einer früheren Verhandlung zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden. Vor achtzig, vielleicht auch noch vor fünfzig Jahren wäre ihr nach dem Ausgang des ersten Prozesses ein Todesurteil sicher gewesen. Ob es heute anders wäre, wenn das Grundgesetz die Todesstrafe nicht abgeschafft hätte? Und nun ein Freispruch. Wo Gerichte bei der Beurteilung desselben Tatbestandes zu so verschiedenen Urteilen kommen können, darf man ihnen nicht das Recht geben über Tod und Leben zu entscheiden. Hoffentlich bestimmt diese Einsicht die englischen Lords zu einem weisen Urteil. e. a.

#### Rosinen aus dem Kuchen

Die FDP-Fraktion im Bundestag hat es für nötig gehalten, am Ende der Legislaturperiode noch einen besonderen Akzent auf die Zusammenarbeit in der Koalition zu setzen. Sie stimmte zusammen mit der Opposition für die Erhöhung der Pflichtgrenze bei der Krankenversicherung auf DM 900,—. Die CDU hatte sich zurecht dagegen gesträubt, die Probleme der Krankenversicherungsreform stufenweise zu lösen.

Nun wäre gegen eine stufenweise Behandlung eines umfassenden Reformprojekts an sich nichts zu sagen, wenn man sicher wäre, daß auf diese Weise die Reform wirklich durchgeführt werden könnte. Das ist aber bei der Krankenversicherung ganz und gar nicht der Fall. Im Gegenteil. Die Erhöhung der Pflichtgrenze könnte vielmehr dazu führen, daß die Reform unseres Krankenversicherungswesens erheblich erschwert wird.

Alle Einsichtigen sind sich darüber einig, daß wir hier nicht mehr wie bisher weiterwursteln können. Eine Neuordnung ist von der Situation der Krankenanstalten wie auch der der Krankenkassen her gesehen unumgänglich. Sie wird allerdings bei der Vielfalt der damit zusammenhängenden Interessen nur gelingen, wenn alle Beteiligten unter einem gewissen Druck stehen. Die jetzt beschlossene Erhöhung hat zwar die Situation der Versicherungen erleichtert, uns in der eigentlichen Sache aber keinen Schritt vorwärts gebracht. Sie hat die Rosinen aus dem Kuchen herausgenommen und die Kosten dafür einseitig der Wirtschaft aufgebürdet. Denn die Betriebe müssen nun den Anteil der Arbeitgeber für einen wesentlich vergrößerten Personenkreis aufbringen. Ob die FDP das wohl bedacht hat, als sie sich bei der Opposition liebkind machte? -ng.

# Nation und Menschheit

Wolfgang Pannenberg

Vor fast sechs Jahrzehnten hat Friedrich Meinecke die Entwicklung des deutschen politischen Bewußtseins im Spannungsfeld von „Weltbürgertum und Nationalstaat“ beschrieben. Es hat den Anschein, daß dieses Thema nach all den Katastrophen unseres Jahrhunderts heute wieder aktuell geworden ist. In den hinter uns liegenden Jahren ist der nationale Gedanke vielfach schon totgesagt worden. Heute belebt er sich zusehends wieder; und schon werden die übernationalen Leitgedanken, die der Nachkriegszeit allein eine sinnvolle Wegweisung für politisches Denken und Handeln bedeuteten, im Namen nationaler Werte eingeschränkt. Vielleicht gelangen wir hier an eine Wegscheide des politischen Denkens im Nachkriegsdeutschland. Jedenfalls dürfte es nötig sein, daß jeder politisch denkende Bürger seine Urteile und Vorurteile über nationale und übernationale Ideale politischen Handelns aufs Neue überprüft.

Welcher Beitrag zu dieser Aufgabe kann aus dem Erbe christlicher Überlieferung gewonnen werden? Kann überhaupt erwartet werden, daß christliche Theologie einen Beitrag zu dieser Frage zu leisten hat? Nun, es handelt sich um eine Frage, die seit der altkirchlichen Zeit mit zentralen Themen der christlichen Überlieferung eng verbunden gewesen ist. Ich spreche ausdrücklich von christlicher Überlieferung, nicht von protestantischer oder katholischer Lehre. Denn es scheint mir, auf dem Felde der politischen Ethik ebenso wie in anderen theologischen Fragen müssen heute die Schranken überwunden werden, von denen die konfessionellen Formen des Christentums beengt sind. Die ursprüngliche Kraft biblischer Motive ist in Geschichte und Überlieferung der verschiedenen christlichen Kirchen in verschiedener Weise wirksam geworden und muß in ihrer ganzen Fülle der Gegenwart erschlossen werden. Ich beschränke mich daher nicht auf die Perspektive der lutherischen Zweireiche-Lehre, die man wohl besser als Lehre von den zwei Herrschaftsweisen Gottes — in der Welt und in der Kirche — bezeichnen sollte. Ebensovienig reichen naturrechtliche Erwägungen aus, um eine spezifisch christliche politische Ethik zu begründen. Beide Betrachtungsweisen lassen zentrale christliche Motive zu wenig wirksam werden.

Eine christliche politische Ethik sollte geprägt sein von der Erwartung des Gottesreiches, der kommenden Weltherrschaft Gottes. Ein darauf ausgerichtetes Denken und Handeln wäre jedenfalls dem Zielpunkt alttestamentlicher Hoffnung und dem Zentrum der Botschaft Jesu selbst am nächsten. Im Zusammenhang mit dem Gedanken des Reiches Gottes ist schon in der Alten Kirche der Vorrang nationaler oder übernationaler Gesichtspunkte für die Ordnung des politischen Lebens diskutiert worden. Hier werde ich mit einem ersten Abschnitt einsetzen. Sodann wird ein zweiter Abschnitt die veränderte Situation würdigen, durch die ein heutiges kosmopolitisches Denken sich unterscheiden muß vom altkirchlichen und mittelalterlichen Reichsgedanken. In

Referat beim Theologengespräch anlässlich der  
12. Bundestagung in Bonn

diesem Zusammenhang ist auf die Beziehungen zwischen kosmopolitischer und demokratischer Gesinnung einzugehen. Genauer, es wird der übernationale, menschheitliche Sinn der demokratischen Ideen zur Sprache kommen. Der dritte, abschließende Teil wird sich speziell dem Thema der Nation und des Nationalbewußtseins aus der Sicht einer Ethik des Gottesreiches zuwenden.

## Die alte Kirche

Das Zeitalter der amtlichen Christenverfolgungen im römischen Reiche war noch nicht zu Ende, als der große alexandrinische Theologe Origenes daranging, die negative Einstellung der Christen gegenüber dem Imperium Romanum zu revidieren. Er konnte und wollte im Reich des Augustus nicht mehr nur eine Ausgeburt des Antichrist erblicken. Um ganz zu verstehen, mit welchen Gedanken Origenes auf das Friedensreich des Augustus zurückblickte, muß man sich wohl den politischen und wirtschaftlichen Verfall seiner eigenen Zeit, des dritten Jahrhunderts, vor Augen halten. Auf Augustus bezog Origenes das messianische Wort des 72. Psalms: „Aufgegangen ist in seinen Tagen Gerechtigkeit und eine Fülle des Friedens“. In der Reichsgründung des Augustus fand er das Walten der göttlichen Vorsehung am Werk, die die irdischen Voraussetzungen für die universale Verbreitung des christlichen Glaubens schuf: „Gott bereitete die Nationen für seine Lehre vor. Sie sollten unter dem einen römischen Basileus stehen und nicht unter dem Vorwande, es gebe viele Gemeinwesen, viele Nationalitäten, ohne Verbindung miteinander sein“ (c. Kelsos II, 30). Sein heidnischer Gegner, der Philosoph Kelsos, an den sich Origenes mit diesen Worten wendete, hatte dem christlichen Monotheismus vorgeworfen, die Verehrung nur eines Gottes bedeute Aufruhr; denn sie zerstöre die nationalen Besonderheiten, auf deren Achtung und Pflege der Zusammenhalt des römischen Reiches beruhe. Dagegen sagt Origenes, die nationalen Besonderheiten werden am jüngsten Tage, beim Anbruch des Gottesreiches, ohnehin verschwinden. Indem nun das politische Werk des Augustus die nationale Zerrissenheit bereits überwunden hat, wirkt es in derselben Richtung wie die christliche Botschaft, nämlich für das Reich Gottes, das alle Völker zusammenfassen wird.

Im folgenden Jahrhundert führte Euseb von Caesarea als Zeitgenosse der konstantinischen Wende die Gedanken des Origenes weiter. Im Anschluß an das Lukasevangelium (Lk. 2, 1) fand er eine Fügung der göttlichen Vorsehung in der Gleichzeitigkeit des Erscheinens Christi und der Aufrichtung des Imperiums durch Augustus. Euseb sagt: „Als aber der Herr und Heiland erschien und zugleich mit seiner Ankunft Augustus als der erste unter den Römern über die Nationalitäten Herr wurde, da löste sich die pluralistische Vielherrschaft auf, und Friede erfaßte die ganze Erde.“ Für Euseb wie für Origenes gehören die Überwindung der nationalen Zersplitterung und die Überwindung des Polytheismus zusam-

men. Daher konnte Euseb in Konstantin den Vollender des von Augustus begonnenen Werkes erblicken. Hatte doch Konstantin nicht nur das Reich des Augustus erneuert, sondern auch die politische Einheit des Imperiums mit der Einzigkeit des christlichen Gottes verbunden.

### Das konstantinische Zeitalter

Die theologische Verknüpfung der universalen christlichen Botschaft mit dem politischen Universalreich Konstantins und seiner Nachfolger ist häufig verurteilt worden. Man hat es geradezu als geschmacklos empfunden, das von den Propheten verheißene Friedensreich, das doch als das Reich Gottes angekündigt wurde, mit dem weltlichen Reich der Römer in Verbindung zu bringen. Aber wir sollten uns dessen erinnern, daß die Verheißung der kommenden Friedensherrschaft Gottes über alle Völker im Alten Testament entschieden politischen Sinn hatte. Vom verheißenen Gottesreich erwartete man die Erfüllung und Vollendung der politischen Ordnung, der Rechtsordnung in den menschlichen Beziehungen. Im Reiche Gottes soll das Zusammenleben der Menschen seine wahrhaft menschliche Gestalt finden. Die Hoffnung auf das kommende Reich Gottes darf diesen ursprünglichen, politischen Charakter nicht verlieren. Sie wird sonst blaß und irrelevant für das konkrete Verhalten der Menschen. Umgekehrt ist von der christlichen Botschaft immer dann eine auch politische Dynamik ausgegangen, wenn der politische Sinn der Reichsgotteshoffnung den Menschen aufging. Gewiß ist das Reich Gottes, das Jesus verkündigt hat, nicht von dieser Welt. Aber es ist die Zukunft dieser Welt, und die Christen haben Anlaß, schon die gegenwärtige Welt im Lichte der ihr verheißenen Zukunft zu sehen und also gerade im politischen Bereich nach vorläufigen Zeichen dieser Hoffnung auszusuchen, nach vorläufiger Realisierung dieser Hoffnung zu trachten. Es ist ja die eigentümliche Botschaft Jesu gewesen, daß das kommende Reich Gottes als künftiges schon jetzt die Gegenwart bestimmt. Das muß angesichts des ursprünglich politischen Charakters der Reichshoffnung auch für das politische Leben gelten, nicht nur für das Privatleben der Christen. Und im politischen Leben wird es vor allem um die Frage nach einer universalen Friedens- und Gerechtigkeitsordnung gehen; deren endgültige Verwirklichung ist ja der Inhalt der biblischen Verheißung der Gottesherrschaft. So hatten die altkirchlichen Theologen durchaus guten Grund, die christliche Hoffnung auf das Reich Gottes mit dem Imperium Romanum in Verbindung zu bringen. Und die Christen der Gegenwart haben allen Anlaß zu der Frage, welche vorläufige Gestalt die christliche Hoffnung einer universalen Friedens- und Rechtsordnung unter den weltpolitischen Bedingungen der Gegenwart annehmen kann. Dabei droht heute wie damals die Gefahr, daß die christliche Botschaft zur Verklärung des Bestehenden mißbraucht wird. Dieser Gefahr ist schon die alte Kirche in ihrem Verhältnis zum byzantinischen Kaisertum nicht immer entgangen. Die Gefahr ist aber dann gebannt, wenn wir uns in Demut dessen bewußt bleiben, daß alle christliche Lebensgestaltung bestenfalls Stückwerk und Vorläufer sein kann gegenüber der endgültigen Zukunft des Gottesreiches. Weder die Vereinigten Staaten von Europa, noch die Verwandlung der Vereinten Nationen

in eine echte überstaatliche Autorität mit gewissen höchsten Souveränitätsrechten würden das Reich Gottes auf Erden endgültig heraufführen. Aber es könnte sehr wohl sein, daß in dieser Richtung Bemühungen wirksam werden müßten, die der gegenwärtig bestmöglichen, wenn auch vorläufigen Gestalt des verheißenen Gottesreiches gelten.

Auf manchen Sätzen, in denen John F. Kennedy seine Vision einer friedlichen und gerechteren Ordnung des menschlichen Zusammenlebens auf der ganzen Erde formulierte, liegt ein Abglanz der alttestamentlichen Verheißung eines künftigen universalen Friedensreiches. Kennedys Ideen bilden vielleicht die für unsere Gegenwart deutlichste Veranschaulichung eines christlich inspirierten politischen Universalismus. Doch wie gesagt, wir werden nicht wie frühere Zeiten die Aufrichtung des Reiches Gottes als eine Sache verstehen, die durch menschliche Anstrengung zustande gebracht werden könnte. Die Vorläufigkeit aller gegenwärtig möglichen, christlichen Lebensgestaltung muß uns stets bewußt bleiben. Diese Vorläufigkeit gilt für alle „guten Werke“, für die privaten wie für die öffentlichen. Darin besteht doch wohl christliche Demut, daß wir den Abstand unserer eigenen Werke von der Herrlichkeit der Zukunft Gottes nicht vergessen. Diesen Abstand wahrzunehmen, bewirkt nun aber — recht verstanden — keine Lähmung des Willens zur Tat. Im Gegenteil, gerade die Wahrnehmung des Abstandes zwischen der verheißenen Zukunft des göttlichen Friedensreiches und den Zuständen der Gegenwart kann Impulse zur Veränderung der Gegenwart hervorbringen. Die Hoffnung auf das verheißene Friedensreich Gottes kann unsere Phantasie und unseren Willen beflügeln, damit wir überwinden, was an den jeweils gegenwärtigen Zuständen als besonders unzulänglich erkannt wird.

### Demokratie und Christentum

Die zuletzt angestellten Erwägungen über gegenwärtige Möglichkeiten eines christlich inspirierten, politischen Universalismus setzen stillschweigend voraus, daß das verheißene Gottesreich des Friedens und der Gerechtigkeit für uns heute nicht mehr in einer Weltmonarchie gegenwärtige politische Gestalt annehmen wird. Die Weltmonarchie war für die alte Christenheit das irdische Abbild der Weltherrschaft Gottes. Das spätere Gottesgnadentum territorial begrenzter Reiche stellt demgegenüber bereits eine Verfallserscheinung dar. Nur der Weltmonarch war als Repräsentant der Weltherrschaft Gottes zu verstehen. Nun liegt aber eine unvermeidliche Zweideutigkeit monarchischer Herrschaft — theologisch gesehen — darin, daß der Monarch ebensosehr als Konkurrent wie als Repräsentant der Herrschaft Gottes erscheinen muß, sofern er nämlich die höchste irdische Instanz ist, gegen deren Entscheidungen an keine andere Instanz mehr appelliert werden kann. Jesus Christus ist gerade deswegen der Messias, der Repräsentant der Herrschaft Gottes gegenüber der Menschheit, weil er nicht die Herrschaft über sie suchte und behauptete, sondern sich dem Kreuzestode auslieferte. Deshalb ist durch Jesus Christus der Gegensatz zwischen Herrscher und Beherrschten überwunden. Er ist auch für die Christen überwunden, weil sie durch Glauben, Taufe und Herrenmahl mit Jesus Christus verbunden sind. Sie

haben damit sowohl an seinem Priestertum, als auch an seinem Königtum teil. Deshalb ist die Monarchie, jedenfalls die absolute Monarchie mit ihrem prinzipiellen Gegensatz zwischen Herrscher und Volk, dem Christentum nicht voll gemäß. Dem allgemeinen Priestertum entspricht ein allgemeines Königtum der Christen. Dieser Gedanke enthält historisch und dogmatisch die christliche Wurzel der modernen Demokratie.

### Die Demokratie philosophisch gesehen

Sicherlich geht die moderne Demokratie nicht nur auf eine christliche, sondern auch auf antike Wurzeln zurück. Gleichheit und Freiheit der Vollbürger bildeten die Grundlage schon der altgriechischen Demokratie. Stoische Philosophen waren die ersten, die allen Menschen als Menschen die Rechte der Freiheit und Gleichheit zuerkennen. Aber aus der griechischen Geschichte schien sich die Lehre zu ergeben, daß demokratische Verfassungen nicht dauerhaft sind, weil die Bürger den erforderlichen Gemeinsinn nicht aufbringen. Darum schien politische Ordnung nur durch die Herrschaft eines einzelnen gewährleistet. Gleichheit und Freiheit galten als Kennzeichen eines leider längst vergangenen, goldenen Zeitalters der Menschheit. Analog zu solchen stoischen Gedanken beurteilte die christliche Theologie Freiheit und Gleichheit der Menschen als Eigenschaften ihrer ursprünglichen Natur, die aber durch den Sündenfall verloren gingen und erst in der künftigen Seligkeit des Gottesreiches wiedererlangt werden. Für den Hauptstrom christlicher Theologie gehören also ähnlich wie für die stoische Philosophie Freiheit und Gleichheit eigentlich zum Menschsein des Menschen, sind aber durch die Verderbnis der Menschheit verloren gegangen. Doch für das Christentum waren Freiheit und Gleichheit nicht nur mit der fernen Vorzeit eines goldenen Zeitalters verbunden, sondern auch Sache der Zukunft Gottes, die die Gleichheit aller Menschen vor Gott an den Tag bringen wird. Und in der christlichen Theologie steckte weiter auch die Möglichkeit, die zukünftige Herrlichkeit des Menschen schon für die Gegenwart in Anspruch zu nehmen, wegen der Gemeinschaft der Christen mit Christus, der der neue Mensch, der wahre Mensch ist. Der baptistische Prediger Robinson, aus dessen holländischer Gemeinde 1620 die ersten Pilgerväter nach Nordamerika gingen, hielt trotz aller schlechten Erfahrungen der bisherigen Geschichte eine demokratische Ordnung des Gemeinwesens unter Christen für möglich, weil sie alle an Christi Königtum und Priestertum teilhaben<sup>1)</sup>.

Der christliche Glaube hat also zwei entscheidende Schritte über die stoische Gedankenwelt hinaus ermöglicht. Die Menschen waren nicht nur in der Vorzeit einmal frei und gleich, sie werden es auch wieder sein, aber das nicht erst in einer fernen Zukunft. Die Menschen können vielmehr auch gegenwärtig von dieser ihrer humanen Natur und Bestimmung Gebrauch machen; denn ihre Gemeinschaft mit Christus befähigt sie, sich über die Schranken ihres gegenwärtigen Daseins und ihrer eigenen Schwachheit zu erheben.

<sup>1)</sup> Siehe G. P. Gooch, *English Democratic Ideas in the 17th Century* (1898), Neudruck der 2. Auflage, New York (Harper) 1959, S. 65 f., vgl. auch 230 f. zu John Fox.

Der Universalismus der christlichen Hoffnung auf eine die ganze Menschheit vereinende politische Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit gehört eng mit den demokratischen Ideen zusammen. Das gilt erstens von den demokratischen Prinzipien her. Diese richten sich auf den Menschen als Menschen, auf alle Menschen, nicht nur auf die Glieder dieser oder jener Nation. Daher ist demokratischem Denken von Hause aus ein weltbürgerlicher Zug eigentümlich. Viele Vorkämpfer demokratischer Ideen haben von demokratischen Einrichtungen zugleich eine Angleichung und Annäherung der Völker erwartet, eine Tendenz zum politischen Zusammenwachsen der Menschheit. Heute wissen wir, daß diese Tendenz nicht automatisch zum Durchbruch kommt. Der Nationalismus kann auch ein demokratisches Staatswesen befallen, und dann kann ein Völkerhaß entstehen, der früheren Zeiten unbekannt war. Das menschheitliche Pathos der demokratischen Ideen bedarf der Verbindung mit dem Ziel einer menscheitsumfassenden Friedensordnung. Andererseits enthält (zweitens) die Hoffnung auf eine universale Friedensordnung Züge, die erst in einer durch Freiheit und Gleichheit bestimmten Menschengesellschaft zu voller Entfaltung gelangen können. Von dem verheißenen Friedensreich nämlich wird erwartet, daß es das Menschsein des Menschen in der Gemeinschaft verwirklicht. So ist das Gottesreich der alttestamentlichen Hoffnung schon bei Daniel durch die Symbolgestalt eines Menschen bezeichnet worden, um den Charakter seiner Herrschaft abzuheben von der Gewaltherrschaft der Weltreiche, die durch Tiergestalten symbolisiert werden. Wir haben vorhin schon hervorgehoben, daß die Herrschaft Christi jede Gewaltherrschaft beendet, weil sie den Gegensatz von Herrscher und Beherrschten überwindet durch das Kreuz Jesu und durch die sakramentale Gemeinschaft der Glaubenden mit ihm. So war denn auch das Urchristentum überzeugt, daß die Erfüllung des Menschseins der Menschen im Gottesreich alle Unterschiede der Herkunft und der sozialen Stellung unwesentlich werden läßt. Insofern hat die christliche Theologie mit Recht in den stoischen Gedanken einer ursprünglichen Freiheit und Gleichheit aller Menschen etwas ihr Verwandtes erblickt. Sie hat sich diese stoischen Gedanken angeeignet und sie in eine Verheißung für die Zukunft der Menschheit verwandelt.

### Die Demokratie christlich gesehen

Die christliche Aneignung der stoischen Gedanken verändert den Sinn von Freiheit und Gleichheit und damit die Grundlage der Demokratie. Für stoisches Denken gehören Freiheit und Gleichheit zur ursprünglichen menschlichen Natur, und daher gelten in stoischer Sicht auch die Menschen der Gegenwart, trotz aller im Laufe der Geschichte eingerissenen Ungleichheiten, als im Kern gleich und als gleicherweise frei, wenn man nur durch die von der Gesellschaft geschaffenen Unterschiede hindurchzudringen weiß. So meint auch Gerhard Leibholz, es „erscheinen die zwischen den Menschen tatsächlich bestehenden Unterschiede heute letztlich als ‚unwesentlich‘, als ‚unerheblich‘ gegenüber den Eigenschaften, die sie miteinander verbinden“<sup>2)</sup>. Leibholz irrt aber, wenn er

<sup>2)</sup> G. Leibholz, *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, 1958, S. 86.

diesen Gleichheitsgedanken auf das Christentum zurückführt. Das Christentum beurteilt die zwischen den Menschen bestehenden Unterschiede nicht als unwesentlich gegenüber den tatsächlich vorhandenen Gemeinsamkeiten. Unerheblich sind jene Unterschiede nur im Vergleich zu der gemeinsamen Bestimmung der Menschen zur Gemeinschaft im Reich Gottes. Das Christentum versteht die Menschen nicht in dem, was sie schon sind, als gleich und gleichermaßen frei, sondern als berufen zu einer noch nicht vorhandenen, aber geglaubten Freiheit und Gleichheit vor Gott. Die demokratischen Ideale sind leicht angreifbar, wenn sie im stoischen Sinne einer schon vorhandenen Gleichheit und Freiheit gedeutet werden. Diese Gleichheit ist nur die Abstraktion von allen Unterschieden, nicht nur von den Unterschieden der Herkunft und des Besitzes, sondern auch von denen der Begabung und Leistung, und wo diese abstrakte Gleichheit der Menschen zum Maßstab politischen Handelns wird, da sind schwerwiegende Ungerechtigkeiten — nämlich die Einebnung alles Besonderen und Ausgezeichneten — kaum zu vermeiden. Der christliche Gedanke der Gleichheit aber meint nicht, daß alle auf ein Mittelmaß heruntergebracht werden sollen, wo dann jede Stimme jeder anderen gleich gilt, sondern Gleichheit im christlichen Sinne bedeutet, daß alle erhoben werden sollen zur Teilnahme an den höchsten menschlichen Möglichkeiten. Solche Gleichheit muß immer wieder erst geschaffen werden, sie ist nie schon da. Und sie wird geschaffen allein durch die Macht der Brüderlichkeit. Dieses dritte Grundwort der modernen Demokratie, das am deutlichsten auf ihre christliche Wurzel hinweist, wird allzu leicht vergessen neben Freiheit und Gleichheit. Aber es ist die Macht der Brüderlichkeit, die Macht der schaffenden Liebe, die allein das Verschiedene zur Gemeinschaft verbindet und mit der Gemeinschaft eine Gleichheit hervorbringt, die zuvor nicht vorhanden war. Die Brüderlichkeit muß helfen, daß die Individuen die Schranken ihres gegenwärtigen Daseins überwinden, um frei für ihre gemeinsame menschliche Bestimmung zu werden. Brüderlichkeit bedeutet, jedem eine echte Chance zu geben zu voller Teilnahme an allen Gütern der Gesellschaft. Abraham Lincoln hat darin den eigentlichen Sinn des Gleichheitsgedankens erkannt<sup>3)</sup>: Es ist nicht jeder gleich, und es kann auch nicht jeder gleich behandelt werden, aber jedem kann und muß eine echte Chance, die gleichen Ziele zu erreichen, gegeben werden. Dieser Gedanke Lincolns, daß jedem eine Chance gegeben werden müsse, macht deutlich, welchen Sinn es hat, von der Gleichheit zu reden, die erst noch hervorgebracht werden muß. Daraus ergibt sich auch, daß der Bildungspolitik ein hervorragender Platz bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zukommen muß. Das entspricht dem christlichen Gedanken der Gleichheit als Gleichheit der Berufung zu wahren Menschentum.

Unsere bisherigen Erwägungen haben gezeigt: Der universale Gedanke der Menschheit, dem eine christliche Ethik des Reiches Gottes besonders verpflichtet sein wird, hat nicht nur eine sozusagen außenpolitische Relevanz für ein Streben nach einer die Völker umfassenden Friedensordnung der Menschheit. Er hat auch innenpolitisch

<sup>3)</sup> Vgl. W. D. Marsch, Christlicher Glaube und demokratisches Ethos, dargestellt am Lebenswerk Abraham Lincolns, 1958, 200 f. Anm. 42.

wegweisende Kraft, weil es bei den demokratischen Idealen um den Menschen als solchen geht. Aber ein demokratisches Gemeinwesen kann nicht im ersten Anlauf die ganze Menschheit umfassen. Es muß sich im Zusammenleben und in den politischen Institutionen jeweils eines besonderen Volkes, auf dem Boden eines begrenzten Staatsgebietes entwickeln. Damit können wir uns nun nicht länger der Frage nach dem Stellenwert entziehen, der der nationalen Gemeinschaft im Rahmen einer Ethik der Gottesherrschaft zukommt. Nur in diesem Rahmen aber kann die Nation überhaupt Thema einer christlichen

---

*Man ist angesichts dieser Menschheit fast versucht, an das traurige Wort Goethes zu glauben, „Die Menschen sind nur dazu da, einander zu quälen und zu morden; so war es von je her, so ist es, so wird es allzeit sein.“ Und dennoch besitzt der nachchristliche Mensch einen ungeheuren Vorsprung vor dem antiken: das schlechte Gewissen. Die Menschen haben sich nicht geändert. Sie leben den Sinnen, denken ihr Vorteil, lieben sich selbst, gebrauchen Gewalt, Betrug und Unrecht. Aber sie tun es nicht mehr unbefangen und gutgläubig, nicht mehr leichten Herzens und freien Kopfes, sondern bleich, heimlich und ängstlich. Sie haben nicht mehr die gute Laune des Raubtiers. Dies ist vielleicht der einzige bisherige Erfolg des Christentums.*

Egon Friedell, Kulturgeschichte der Neuzeit, 1947

---

Ethik werden, die bei ihrer Sache bleibt. Darum kommen wir erst jetzt, auf dem Wege über die demokratische Menschheitsidee, auf das Phänomen der Nation zurück. Auch so ist es theologisch gar nicht leicht einzusehen, wie es zu einem Zusammengehen von Christentum und Vaterland hat kommen können, das doch in der Geschichte durch viele Beispiele belegt ist.

#### Christlicher Glaube und Nation

Die Nationen scheinen immer dann zum unmittelbaren politischen Partner der christlichen Kirchen geworden zu sein, wenn die christliche Reich-Gottes-Hoffnung keinen entsprechend universalen Ausdruck im politischen Leben finden konnte, oder wenn der Gedanke des Reiches Gottes so verändert wurde, daß man eine ihm entsprechende politische Wirklichkeit gar nicht mehr suchte. Beides ist für den westeuropäischen Bereich zum ersten Mal in der Spätantike eingetreten. Das universale römische Reich, jedenfalls sein westlicher Teil, zerbrach unter den Stürmen der Völkerwanderung, und zugleich wurde der Begriff des Reiches Gottes entpolitisiert.

Die beiden Vorgänge hängen zusammen. Die Schwäche der byzantinischen wie auch später der mittelalterlichen Reichstheologie ist es gewesen, das christliche Imperium als den irdischen Repräsentanten der Gottesherrschaft für unzerstörbar zu halten. Darüber wurde die kritische Funktion der christlichen Zukunftshoffnung gegenüber jeder gegenwärtigen Lebensgestaltung vergessen. Desto stärker kam die Vorläufigkeit und Vergänglichkeit auch

des Imperium Romanum den Menschen zum Bewußtsein beim Untergang des weströmischen Reiches. Es lag nahe, daß nun mit der verabsolutierten byzantinischen Reichstheologie überhaupt jede Verbindung zwischen Reich-Gottes-Hoffnung und politischem Leben aufgegeben wurde. Insofern hat Augustin die geschichtliche Erfahrung seiner Zeit ausgedrückt, indem er das Reich Gottes den weltlichen politischen Ordnungen entgegensetzte<sup>4)</sup>.

Dadurch ist Augustin der erste Verfechter einer Zwei-Reiche-Lehre geworden. Und wir sehen schon hier, daß in einer solchen Auffassung zwar die Differenz des Reiches Gottes von allen politischen Gebilden der Menschen scharf zum Ausdruck kommt, daß aber diese Differenz unfruchtbar bleibt, weil die Scheidung der beiden Bereiche dazu führt, daß das Reich Gottes nicht mehr als kritische Macht zur Überwindung der Beschränktheiten der jeweiligen politischen Gegenwart wirksam wird.

Allerdings hat Augustin das Reich Gottes nicht gänzlich in ein Jenseits der Geschichte verwiesen. Er hat es von der Politik geschieden, nur um es in der Kirche verkörpert zu finden, die in allen Wirren seiner Zeit unerschütterter dastand.

Die Verbindung von Reich Gottes und Kirche hat weitreichende geschichtliche Wirkungen gehabt. Zunächst fühlte sich die Kirche nun im frühen Mittelalter als die Erbin des römischen Imperiums, als die einzige universale Institution der Christenheit. Im politischen Bereich sah sie sich nur den Völkern gegenüber<sup>5)</sup>. Als Theorie für das Zusammenwirken der Kirche und der politischen Gewalten innerhalb der einen Christenheit bildete sich dann der Gedanke der „beiden Gewalten“, der weltlichen und der geistlichen, heraus. Dabei brauchte die weltliche Gewalt, die dem Reiche Gottes durch Erhaltung von Frieden und Gerechtigkeit zu dienen hat, kein universales Imperium mehr zu sein. In ihrem Kampf gegen die Ansprüche des mittelalterlichen Kaisertums konnte die Kirche sich mit den Nationen verbünden gegen die Idee einer universalen weltlichen Ordnung der Christenheit. Nach dem Verfall des Kaisertums ist die katholische Kirche bis in die Gegenwart wieder als die einzige universale Instanz der ganzen Christenheit gegenüber dem Partikularismus der Nationen aufgetreten.

Das ist die eine Form eines Zusammengehens von Kirche und Nationalstaaten. Die andere begegnet in der Zwei-Reiche-Lehre Luthers oder doch in ihrem Gefolge. Auch diese Lehre geht auf die mittelalterliche Theorie der beiden Gewalten zurück. Aber bei Luther ist die geistliche Gewalt der Kirche keine universale Institution mehr. Daher mußte hier die Gefahr besonders groß werden, daß die Kirche in Abhängigkeit von den Territorialherrschaften und später von den Nationalstaaten geriet. Luther stand insofern in der Tradition der augustianischen Zwei-Reiche-Lehre, als er das politische Leben nicht mehr im Lichte der Reichgotteshoffnung sah. Daher kam ihm die theologische Bedeutung der Frage nach einer universalen politischen Ordnung als wenigstens vorläufiger

Gestalt des verheißenen göttlichen Friedensreiches gar nicht mehr in den Blick. Nur darum konnte er die mannigfachen Territorialherrschaften, die Vorläufer der späteren Nationalstaaten, ohne weiteres als den Normalfall einer weltlichen Obrigkeit akzeptieren. Das aber war ein höchst bedenklicher Schritt. Man mag der Zwei-Reiche-Lehre Luthers manche Vorzüge nachrühmen: Sie war sich der Differenz zwischen Reich Gottes und politischer Gegenwart, aber auch der Differenz zwischen Kirche und Staat scharf bewußt. Es ist auch nicht wahr, daß sie den Christen zu bloßer Passivität gegenüber den politischen Gewalten angeleitet habe. Aber die Differenz zwischen Reich Gottes und politischer Gegenwart konnte keine Dynamik zur Veränderung der gegenwärtigen Zustände mehr entfalten. Stattdessen wurde das Feld des politischen Handelns Mächten überlassen, die nicht wie das christliche Kaisertum durch ihr eigenes Wesen christlichen Zielsetzungen verpflichtet waren. Gewiß hat es christlich gesonnene Landesväter gegeben. Aber die politischen Lebensinteressen der Territorialstaaten des 16. Jahrhunderts und erst recht die der späteren Nationalstaaten hatten mit christlichen Motiven und Zielsetzungen wenig zu tun. Hier liegt die Problematik der Zwei-Reiche-Lehre Luthers.

Wie die Staatsräson der Territorialstaaten über christliche Motive und Zielsetzungen hinwegging, darauf brauche ich hier nicht weiter einzugehen. Dagegen müssen wir unser Augenmerk zunächst dem Widerspruch zwischen Christentum und modernem Nationalismus zuwenden, obwohl damit noch nicht alles über das Phänomen der Nation im Lichte einer christlichen politischen Ethik gesagt ist. Die neuzeitliche Erhebung der Nation zum Leitbild des politischen Handelns ist den über nationalen Traditionen des Christentums und ihrer Quelle, der christlichen Hoffnung auf das Reich Gottes für alle Menschen, klar entgegengesetzt. Das wird gerade an der Weise deutlich, wie der Nationalismus sein Selbstbewußtsein an biblische Gedanken angeknüpft hat. Es handelt sich dabei um Verkehrungen biblischer Gedanken bis hin zur Vergottung des Volkes. So ist der Gedanke des auserwählten Volkes auf moderne Nationen wie England oder Deutschland übertragen worden, um ihnen den Glanz einer religiösen Sendung zu verleihen. Aber die Neigung, das eigene Volk nach Analogie des alten Israel als auserwählt zu denken, verkannte die heilsgeschichtliche Einzigartigkeit Israels, die in seiner Kennzeichnung als auserwähltes Volk Gottes ausgedrückt ist. Außerdem lag das Ziel der Erwählung dieses Volkes in der Gewinnung der ganzen Menschheit für den Gott Israels. Dieses Ziel ist mit Jesus Christus und in der universalen christlichen Mission im Prinzip erreicht, insofern als hier die Wendung von der Erwählung nur eines Volkes zur Berufung aller Menschen zum christlichen Heil vollzogen ist. Der Gedanke des auserwählten Volkes bedeutet von nun an einen Rückfall hinter die christliche Wende zur ganzen Menschheit. Die nationalistische Säkularisierung dieses Gedankens muß darum als antichristlich beurteilt werden. Der nationale Gedanke hat in der Neuzeit nicht zufällig zur Verdrängung christlicher Motive aus der politischen Willensbildung beigetragen. Wo die nationalen Interessen den Leitstern der Staatsräson und der Politik bilden, da befinden wir uns in einer Sphäre, der die christliche

<sup>4)</sup> Vgl. Hans Frhr. v. Campenhausen, Augustin und der Fall von Rom, in: Weltgeschichte und Gottesgericht, 1947, S. 2-18.

<sup>5)</sup> Vgl. Heinz Löwe, Von Theoderich dem Großen zu Karl dem Großen, Darmstadt 1958, S. 18 ff.

Erwartung des Gottesreiches als einer Rechts- und Friedensordnung für die ganze Menschheit fremd ist. Die christlichen Kirchen haben die auf dieser Linie unvermeidliche Entfremdung des politischen Lebens vom Geist des Christentums zu wenig erkannt und zu leicht genommen. Sie haben sich zwar keineswegs durchweg am Kult des Nationalen beteiligt, auch in Deutschland nicht<sup>6</sup>. Aber sie haben es nicht verstanden, die Enge des nationalen Denkens durch weitgreifende politische Zielsetzungen zu überwinden und so in Beziehung zum universalen Horizont christlicher Hoffnung zu bringen. Die Kirchen hatten sich im Zeichen der Zwei-Gewalten-Theorien mit dem Nationalismus arrangiert. Dabei wären sie, wenn irgend jemand, berufen gewesen, einer Entwicklung entgegenzutreten, die zur gegenseitigen Zerfleischung der europäischen Nationen im Zeichen nationaler Wahnideen geführt hat.

Man sage nicht, diese Entwicklung sei nur die Folge vermeidbarer Übersteigerungen des nationalen Gedankens gewesen. Solche Urteile begegnen in letzter Zeit häufiger<sup>7</sup>). Ich fürchte, sie enthalten eine Verharmlosung des wahren Sachverhalts. Wo die Nation zum Mittelpunkt des politischen Denkens wird, da muß es schließlich zum Kampf um den Vorrang kommen. Auch die romantischen Wegbereiter des deutschen Nationalismus haben nicht den Völkerhaß gepredigt, sondern glaubten an ein harmonisches Zusammenleben der Nationen. Und doch führten ihre Ideen nicht nur zum kulturellen, sondern auch zum machtpolitischen Wettbewerb der Nationen und damit zum Kampf um die Vorherrschaft. Jenes harmonische Zusammenleben der Völker, das einem Herder oder Schleiermacher vorschwebte, ist nur im Rahmen übergeordneter Zielsetzungen und übernationaler Institutionen auf die Dauer möglich.

All das bedeutet nicht, daß eine christliche politische Ethik der Nation jede Bedeutung für das politische Denken und Handeln abzusprechen hätte. Nationale Zusammengehörigkeit durch gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur, gemeinsames geschichtliches Schicksal oder durch Verbindung alles dessen — das ist zweifellos eine geschichtliche Gegebenheit, die als solche Beachtung fordert, an der niemand einfach vorbeigehen kann. Über ihre Bedeutung muß man sich so oder so klar zu werden suchen. Als nächste Analogie zur nationalen Verbundenheit drängt sich dabei der Gedanke an die Familiengemeinschaft auf, die aber weniger dem Einfluß geschichtlicher Veränderungen unterworfen ist, als die Nation.

Die theologische Ethik des vorigen Jahrhunderts hat nun vielfach das Volk wie auch die Familie als eine Schöpfungsordnung Gottes aufgefaßt. Dieser Begriff ist mehrschichtig. Zunächst ist er ein theologischer Ausdruck für die Feststellung, daß es faktisch Nationen gibt und daß jeder Mensch sich im Zusammenhang eines Volkes vorfindet. Darüber hinaus aber soll der Begriff der Schöpfungsordnung auch eine Verpflichtung des einzelnen der Familie oder dem Volk gegenüber begründen.

<sup>6</sup>) Siehe dazu R. Wittram, Das Nationale als europäisches Problem, 1954, bes. S. 109–148: Kirche und Nationalismus.

<sup>7</sup>) Diese Auffassung hat jüngst auch in der theologischen Diskussion ihren Ausdruck gefunden, in der Schrift von A. Evertz, Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland, 1964, bes. S. 23 ff.

Hier wird seine Problematik sichtbar. Denn der Begriff der Schöpfungsordnung vermag nicht, die Nation in eine Beziehung zu spezifisch christlichen Gedanken zu bringen. Schon deshalb ist es bedenklich, daß die Rede vom Volk als Schöpfungsordnung über die Feststellung des Vorhandenseins von Nationen hinaus aus diesem ihrem Vorhandensein eine besondere Verpflichtung für ihre Glieder ableiten will. Die Behauptung, daß die Erhaltung der nationalen Besonderheiten Gottes Wille sei, läßt sich aus dem bloßen Vorhandensein einer Nation gar nicht begründen. Schließlich haben sich Umfang und Eigenart der Nationen im Laufe der Geschichte vielfach

---

*Ich fühlte — einmal und für immer —, daß es Abend war und deutsche Geschichte nie mehr sein wird, was sie gewesen ist. Geschichte wird fort dauern, gewiß, bis zu der von Gott gesetzten Stunde der Generalkatastrophe irdischen Seins: aber deutsche Geschichte im Sinne der geübten Verantwortung — des Reiches, wenn man seinen Namen noch aussprechen darf — wird nicht mehr aufkommen, es sei denn in letzter episodischer Verzerrung, die nur zum Verhängnis werden kann. Ich weiß nicht, was kommt; ich weiß nur, daß ein Ende da ist. Denn die Herrschaft der 12 Jahre kam nicht von ungefähr, sondern aus einer deutscher Geschichte wesenseigenen Möglichkeit — sonst hätte sie schwerlich die unbestreitbare Zustimmung gefunden.*

Reinhold Schneider, Verhüllter Tag, 1954

---

verändert. Einige Völker sind untergegangen, andere sind neu entstanden. Die bloße Tatsache eines bestehenden nationalen Zusammenhaltes kann für die Glieder einer Nation keinen „Imperativ der Volkstreue“ begründen<sup>8</sup>). Daher bleibt die Deutung der Tatsache nationaler Verbundenheit durch den Begriff der Schöpfungsordnung fragwürdig, zumal da sie sich als anfällig für nationalistischen Mißbrauch erwiesen hat.

Ein anderes Licht fällt auf die Tatsache nationaler Zusammengehörigkeit der Menschen eines Volkes von der christlichen Hoffnung auf das kommende Gottesreich her. Die Gemeinschaft aller Menschen in einem Reich des Friedens und der Gerechtigkeit ist nicht unvermittelt durch einen weltweiten Zusammenschluß der Individuen zu erreichen. Sie ist nur als eine Gemeinschaft einiger großer Gruppen möglich, die wiederum in sich Vereinigungen kleinerer Gruppen darstellen. Die Entwicklung und Erhaltung eines Zusammengehörigkeitsbewußtseins überall dort, wo Gemeinsamkeiten vorhanden sind, ist der einzige Weg zu größeren politischen Einheiten. Nicht die isolierten Individuen, sondern erst die von ihnen gebildeten Gruppen können sich zu größeren Gemeinschaften zusammenschließen. In diesem Sinne hat auch die nationale Zusammengehörigkeit positive Bedeutung, als unumgängliche Stufe zur größeren Gemeinschaft der Menschheit. Darin ist zugleich auch das Kriterium enthalten, das den nationalen Egoismus begrenzt.

<sup>8</sup>) So P. Althaus, Grundriß der Ethik, 2. Aufl. 1953, S. 125. Ähnlich Evertz a. a. O. S. 12 ff. u. ö. Althaus erkennt freilich eine Grenze dieses Imperativs in besonderen Schicksalen einzelner und ganzer Volksgruppen an. Doch wodurch werden Geltung und Grenze des Imperativs dann bestimmt?

Von hier aus läßt sich das Recht der Forderung nach dem Nationalstaat verstehen, die die nationalen Bewegungen des vorigen Jahrhunderts beseelte. Allerdings ergibt sich dieses Recht nicht schon aus der nationalen Gemeinsamkeit, sondern erst in Verbindung mit dem Anspruch auf politische Selbstbestimmung, der in der Menschenwürde begründet ist, in der Bestimmung der Menschen zu Freiheit und Gleichheit. Einschränkend muß ferner gesagt werden, daß die Forderung nach dem Nationalstaat nicht den prinzipiellen Charakter haben kann, den man ihr früher zuerkannt hat. Ein Nationalitätenstaat, wie das alte Österreich-Ungarn, braucht nicht unter allen Umständen verwerflich zu sein. Diese Einsicht kann demjenigen nicht schwer fallen, für den die Aufgabe politischer Gemeinschaftsbildung ohnehin über die Grenzen der eigenen Nation hinausweist.

Die Deutung der nationalen Zusammengehörigkeit als Stufe zur größeren Gemeinschaft der Menschheit erlaubt die Pflege der nationalen Besonderheiten, der eigenen Sprache, Kultur und Sitte. Durch eine Vielfalt sich gegenseitig ergänzender Besonderheiten wird eine übergreifende politische Gesamtheit besser zusammengehalten als durch Uniformität. Allerdings wird die Pflege der Besonderheiten nur insoweit sinnvoll sein, wie sie einen Beitrag zum Leben der Gesamtheit darstellt.

Vor allem aber muß das Bemühen um eine übernationale Rechts- und Friedensordnung aller Pflege nationaler Besonderheiten übergeordnet sein. Denn die Harmonie der Nationen stellt sich, wie wir erfahren haben, nicht von selbst ein. Dabei werden auch übernationale Zusammenschlüsse am besten mit begrenzten Gruppierungen beginnen, anknüpfend an Gemeinsamkeiten der Geschichte und Kultur, sowie an gemeinsame politische und wirtschaftliche Aufgaben. In unserer Zeit darf als exemplarisch für solche Zusammenschlüsse der Vorgang der europäischen Integration gelten. Derartige Vereinigungen von Nationen sollten aber wieder über ihre eigenen Grenzen hinaus auf die Idee einer gerechten und friedlichen Ordnung hin orientiert sein, die einmal die gesamte Menschheit umfassen soll, nicht nur die uns befreundete Welt, sondern auch unsere heutigen Gegner. So ist die angedeutete Stufenreihe partikularer Zusammenschlüsse, deren Anfang im innenpolitischen Leben eines jeden Volkes liegen muß, und in der dann auch die nationale Gemeinschaft ihren Platz findet, ausgerichtet auf das universale Ziel einer die Menschheit umfassenden Friedensordnung. Wegen seiner Verbindung mit der biblischen Reich-Gottes-Hoffnung muß dieser Gedanke das Kriterium einer christlichen politischen Ethik sein. Als Kriterium angewandt besagt er zum Beispiel, daß die Idee eines einigen Europa ihre volle ethische Verbindlichkeit nur dann behält, wenn ein einiges Europa sich nicht abschließt gegen die übrige Welt und wenn es in seiner eigenen Kultur und demokratischen Ordnung die Menschlichkeit des Menschen so darzustellen weiß, daß davon eine Anziehungskraft auf die übrige Menschheit ausstrahlt. Für die nationalen Probleme Deutschlands bedeutet das angegebene Kriterium der biblischen Reichshoffnung, daß unsere nationalen Interessen nicht als Selbstzweck behandelt werden dürfen, sondern nur im Zusammenhang übergeordneter Ziele zu verfolgen sind, deren nächstes die europäische Einheit bleibt. Dieser Zusammenhang mit den übergeordneten

politischen Zielen der europäischen Einheit und des Weltfriedens bestimmt die Grenze zwischen der berechtigten Pflege nationaler Gemeinsamkeiten und nationalistischen Übersteigerungen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas konkreter werden: Keine deutsche Politik kann auf das Bemühen um eine neue politische Realisierung unserer nationalen Verbundenheit mit den Millionen deutscher Menschen jenseits der Elbe verzichten. Daß die Form dieser politischen Gemeinschaft Ergebnis freier Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes sein muß, versteht sich als eine Forderung, die aus der Würde des Menschen folgt, aus seiner Bestimmung zur Freiheit in Gleichheit. Diese Forderung wird übrigens desto wirksamer sein, je überzeugender in diesem Teil Deutschlands jene Bestimmung des Menschen zur Darstellung kommt. Dagegen scheint mir die Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937 heute nur auf einem ziemlich abstrakten nationalen Rechtsstandpunkt vertretbar zu sein. Soll denn die heute jenseits der Oder und Neiße wohnende polnische Bevölkerung wieder umgesiedelt werden? Und wohin? Sollen wir darauf warten, daß die Sowjetunion die alten polnischen Ostgebiete an Polen zurückgibt?)

Das sind offenbar ganz irrealer Hoffnungen, und das Weiterleben derartiger Zielsetzungen in Teilen der westdeutschen Bevölkerung sollte nicht noch offiziell ermutigt werden. Ich sage das auch im nationalen Interesse. Unser hartnäckiges Festhalten am Unerreichbaren könnte sehr wohl dahin führen, daß wir auch das auf mancherlei Umwegen vielleicht noch Erreichbare, nämlich die politische Einheit mit den Deutschen jenseits der Elbe, für lange Zeit verspielen werden. Ohne Verständigung mit unseren osteuropäischen Nachbarn, insbesondere mit Polen, kann dieses dringendste nationale Anliegen kaum Aussicht auf Verwirklichung haben. Man hört immer wieder, alle territorialen Regelungen seien auf einen Friedensvertrag zu vertagen. Aber wer sagt denn, daß nach zwanzig Jahren der Abschluß eines Friedensvertrages überhaupt noch zu erwarten steht? Wird nicht ein solcher Vertrag international von Jahr zu Jahr überflüssiger? An unserer Ostpolitik aber wird auf die Dauer sichtbar werden, in welchem Maße die deutsche Politik bereit ist, nationale Belange in eine übergeordnete, gesamteuropäische Konzeption einzugliedern und den Forderungen der Menschlichkeit unterzuordnen. Oder wird sie um gewisser nationaler Prinzipien willen für alle Zukunft die Augen verschließen vor der durch den Ausgang des Krieges geschaffenen und nach menschlichem Ermessen kaum noch zu revidierenden Situation? Diese

9) Der Gedanke an eine gewaltsame Rücksiedlung der heute in den Ostgebieten lebenden Bevölkerung ist auch von den ostdeutschen Landesvertretungen wiederholt verworfen worden, zuletzt auf ihrem Kongreß am 22. 3. 1964 in Bonn. Es ist nur schwer zu verstehen, wie sich das Streben nach Wiederherstellung alter Besitzrechte damit vereinbaren läßt. Vor allem aber ist nicht abzusehen, wie irgendeine polnische Regierung aus freier Einsicht in alte deutsche Rechte zu einer Revision der jetzt bestehenden Grenzen, geschweige denn zu einer Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ihre Zustimmung geben könnte. Auch etwaige deutsche Versuche, Entschädigungen oder Wiederansiedlungsrechte für Vertriebene von der polnischen Seite zu erreichen, dürften — wenn überhaupt — nur bei einer Anerkennung der heutigen Grenzen Chancen des Gelingens haben.

öffentlich zu diskutieren, ist vielleicht für die politischen Ämter unseres Staates heute nicht möglich. Desto mehr ist es eine Pflicht der übrigen, weil nur so eine Atmosphäre entstehen kann, eine deutsche Regierung eines Tages die Freiheitprechenden Handlungen hat.

Hört immer wieder, uns Deutschen fehle es heute an nationalem Selbstbewußtsein. Diese Feststellung ist wichtig. Aber diesem Mangel liegt die Ungeklärtheit der gegenwärtigen politischen Situation zugrunde. In nationalistischer Übersteigerung freies deutsches Selbstgefühl kann sich erst entwickeln, wenn wir uns freisetzen, das Ergebnis des Krieges im Osten unseres Vaterland nicht länger aus unserem politischen Bewußtsein zu drängen. Erst dann kann man als Deutscher das Vaterland wieder in den Mund nehmen ohne die

## Deutschland als geistige Aufgabe

Hermann Walz

„Deutschland als geistige Aufgabe“ — daß wir uns mit diesem Thema zu viel zugemutet haben, steht bereits fest. Das spricht nicht gegen das Thema. Glücklicherweise, daß sich nur vor solche Fragen gestellt sieht, deren Beantwortung von vornherein in seiner Macht steht. Er ist wahrscheinlich lebensstüchtig und wird es zu etwas bringen. Daß sein Glück durch Borniertheit erkaufte ist, ist er selbst am wenigsten. Denn er ist ja nicht, wie er es ausdrücken würde, angefressen von der zersetzenden Kraft des Zweifels. Zweifel aber — in dem das Wort steckt — ist einer der Namen des Geistes. Es gehört zum Geschäft des Geistes, wo immer er am Werk ist, aus sich in zwei zu machen — und das nicht erst seit René Guénon, den die deutsche Einheitsseele einmal als Initiator jenseitigen Zweifels und damit westlicher Nationalität brandmarken zu müssen meinte. Wer bei sich selbst bleiben will und seinem kleinen Glück, aber nicht wer beim tief empfundenen eigenen Unglück verweilen will, der lasse sich mit dem Geist nicht ein. Denn der Geist besteht aus zwei — felt das Glück wie das Unglück. Er macht aus einem zwei, nicht in der Weise der Addition, sondern in der Weise der Reflexion. Er setzt neben sich ein bloßes Dasein den Spiegel, so daß es nun dasselbe noch einmal gibt als gespiegeltes, reflektiertes, verantwortliches und so schließlich entweder verworfenes oder bejahtes Dasein. Die Frage, ob wir das, was wir als Deutsche sind, im Geist verantworten können, hört nicht auf, eine Frage zu sein, daß wir keine hinreichende Antwort zu geben vermögen. Unrecht haben doch wohl diejenigen, welche die Frage überhaupt nicht gestellt sehen wollen, wie jene anderen, welche die Antwort bereits parat haben. Mit diesen beiden Tendenzen gewissermaßen das Koordinatennetz bestimmt, innerhalb dessen das Thema „Deutschland als geistige Aufgabe“ eingezeichnet ist.

Sorge, sich damit auf unabsehbare politische Abenteuer einzulassen. Freilich darf auch dann das Vaterland nie wieder die oberste Wertvorstellung unseres politischen Denkens und Handelns werden. Wir sollten unbeirrt von den Schwankungen der Tagespolitik am Ziel einer europäischen Einheit, die mehr als ein „Europa der Vaterländer“ sein muß, festhalten und darüber hinaus unser Teil zu einer künftigen, besseren Friedensordnung der Menschheit beitragen. Eine Politik, die auf dieses universale Ziel gerichtet ist und der universalen Bestimmung des Menschen im Zusammenleben der Menschheit ebenso dient wie der Bildung ihrer eigenen Bürger zu wahrer Freiheit und Gleichheit — eine solche Politik darf sich wohl darauf berufen, ihre Kraft aus den besten Wurzeln christlicher Überlieferung zu ziehen. Vermutlich würde sie zu gleicher Zeit den nationalen Bedürfnissen unseres Volkes den besten Dienst leisten.

### 3. Referat der 12. Bundestagung in Bonn

#### Deutschland — wo ist es?

Gewiß liegt es zwanzig Jahre nach dem Ende des „ewigen Deutschland“ nahe, ein Wort des Gründers des Deutschen Reichs abzuwandeln. Bismarck hat einmal bemerkt: „Wer Europa sagt, der lügt.“ Wir sind geneigt zu hören: Wer Deutschland sagt, der lügt. Er begibt sich auf ein Podest, von dem aus so viele schreckliche und törichte Dinge gesagt worden sind, daß schon die Position falsch sein muß, noch ehe überhaupt ein Wort von da aus laut wird. Mehr noch: Ist nicht heute aus dem Brettergerüst jener Tribüne, von der alle möglichen Redner ihre vaterländischen Ansprachen hielten, eine Nebelbank geworden? Denn was ist schon Deutschland, wenn man es genau nimmt? Das ist nicht allein die Frage des amerikanischen Außenministers Marshall auf der Londoner Konferenz im Jahre 1947 gewesen. „Heute gibt es Deutschland nicht mehr“, sagt Martin Walser<sup>1)</sup> schlicht und ergreifend. In der Tat: kein Staat trägt schlechthin diesen Namen. Und ein Land? Seitdem Deutsche es unternommen haben, die Grenzen ihres Landes ins Maßlose auszudehnen, hat der Streit um das, was Deutschland in seinen Grenzen sei, nicht aufgehört. Eine Gemeinschaft deutscher Sprache gibt es wohl; sie ist das Beste, was mit dem Beiwort des Deutschen richtig und unverkrampft bezeichnet wird. Diese Sprachgemeinschaft aber Deutschland zu nennen, wäre offenkundiger Unsinn.

Wie kann da eine geistige Aufgabe liegen, wo es keine Vorgabe in der Wirklichkeit vorfindbarer Dinge zu geben scheint? Wer Deutschland sagt, der lügt. Sollten wir wirklich die Walsers — und wer sie sonst sein mögen — nicht verstehen, die sich um der Klarheit willen eines solchen Nebelwortes und um der Wahrheit willen eines mit viel Lügen durchsetzten Bildes nicht mehr bedienen

<sup>1)</sup> Erfahrungen und Leseerfahrungen 1965, S. 8.

wollen? Wenn wir sie wirklich nicht mehr verstehen könnten, dann müßte Deutschland aufhören, Träger und Gegenstand geistiger Bemühung zu sein. Denn dann wäre das Letzte zerbrochen, was es uns erlaubt, von Deutschland noch in einem anderen als nur in historischem und technischem Sinn zu sprechen.

Dieses Letzte, dieses nicht nur wie ein Rest, sondern zugleich wie ein Konzentrat Übriggebliebene, das es uns erlaubt und gebietet, von Deutschland zu sprechen, ist das gemeinsame Betroffensein von einem Geschick. Sprechen wir nicht von der Geschichte; sie ist zu lang. Und reden wir nicht mehr vom Schicksal; es ist zu unpersönlich. Das Geschick, das ich meine, beginnt für die Ältesten, die unter uns leben, kurz nach 1871, für die Jüngsten der Lebenden in dieser Minute, und vielen, vielen hat es den Tod gebracht. Sie starben für Deutschland oder gegen Deutschland, aber in jedem Fall wegen Deutschland. Die einen sind Nutznießer, die anderen Opfer dieses Geschicks, und nicht wenige einmal das eine und dann das andere oder gar beides zugleich. An ihm sind die einen stärker, andere weniger stark und die Dritten fast gar nicht schuld. Man denke dabei doch nicht immer nur gebannt an die fatalen zwölf Jahre. Schuld gibt es auch davor und danach. Es gibt davor und danach und selbst in den zwölf Jahren auch Schuld in dem völlig anderen Sinn mitwirkender Verursachung für das Gute, das geschehen ist. Wir können im Deutschen ja sagen: Er ist schuld daran, daß es mir so gut geht. Wir heute in der Bundesrepublik Lebenden haben von diesem Guten wahrhaftig nicht das kleinste Stück mitbekommen. Dafür haben wir denen zu danken, die sich hier im Besonderen verdient gemacht haben. Um so mehr sollten wir aber auch an die Menschen im andern Teil Deutschlands denken, denen in einem so erschütternden Maß zugemutet ist, weithin nur Opfer dieses Geschicks zu sein. Wer wir aber auch seien, Opfer oder Nutznießer, Schuldige und Verdiente oder Unschuldige und Unverdiente — wir sind an dieses Geschick gebunden, das Deutschland heißt. Mit ihm haben wir uns zusammenzutun, und die Weise, in der der Geist sich mit der Wirklichkeit zusammennetzt, ist die Auseinandersetzung.

### Zweifel an Deutschland

Wenn Hans Magnus Enzensberger in einem Gedicht über Deutschland, das „unheilig Herz der Völker“, geradezu wütend herfällt, so ist das nicht „Gesinnungslumperei eines vaterlandslosen Gesellen“, sondern möglicherweise Ausdruck tiefster Betroffenheit von jenem Geschick, das uns überhaupt erst von Deutschland sprechen heißt. Der Schriftsteller hat den Geist, der ein Zweifler ist, auf seiner Seite, wenn er in anderem Zusammenhang einmal schreibt: „Ich beklage die, denen mein Zweifel gleichgültig ist.“

Hier öffnet sich der alte Graben zwischen dem Geist und dem Deutschen. So unsinnig dieser Gegensatz in sich selbst ist, so hartnäckig hat er sich durch die Generationen seit den gescheiterten Versuchen der Jahre 1817 und 1848 bis in unsere Zeit hinein fortgepflanzt. Der „Kahlschlag“, der 1933 begann und spätestens 1945 vor aller Augen lag, hat den alten Graben, der inzwischen auf beiden Ufern mit Bäumen und einigem Gebüsch bestanden war, wieder so sichtbar werden lassen, daß er heute maßgeblich das Gesicht der Landschaft bestimmt, in der

wir in Deutschland leben. Das sich auf deutsches Bewußtsein berufende Mißtrauen gegen den Geist tritt, wenn wir uns nicht täuschen, sogar gegenwärtig wieder stärker hervor als vor einigen Jahren. Aber seine Argumente sind nicht neu. Es sind die bekannten Etiketten von der Unverständlichkeit bis zur Unmoral, von kaltem Verstandesdenken bis zu zersetzendem Intellektualismus, von schwärmerischem Weltbürgertum bis zum Verrat der heiligsten Güter der Nation. Nun soll gewiß nicht bestritten werden, daß es einiges von dem, was hier vorwurfsvoll gesagt oder, mehr noch, was mit solchen Vorwürfen sachlich gemeint ist, im Einzelfall tatsächlich gibt. Eine pauschale Verteidigung eines snobistischen, vaterlandslosen und amoralischen Intellektualismus würde der pauschalen Verurteilung noch hinterher recht geben. Diese Rechtfertigung geschähe ausgerechnet an dem Punkt, an dem die Verurteilung auf alle Fälle im Unrecht ist, nämlich in der Behauptung, daß es das, was da angeklagt und verurteilt wird, als pauschale Erscheinung überhaupt gebe.

Wer von einem Buch erklärt, es sei unverständlich, von einem Theaterstück, es sei unmoralisch, von einem Verhalten, es lasse nationale Würde vermissen, und von einem Menschen, er sei ein Snob, der mag seine Gründe dafür haben und sie, falls er sein Urteil ausgesprochen hat, auf Verlangen vorweisen. Es ist aber nicht einzusehen, was ein unverständliches Gedicht mit einem unmoralischen Film oder was kosmopolitische Gesinnungen mit Dandytum zu tun haben sollen. Es ist erst recht widersinnig, alle diese Erscheinungen, wo es sie in der Wirklichkeit da und dort gibt, zu einem einzigen Phänomen zusammenballen, gar zu einer Welt, die man als die Gegenwart bekämpft und offenbar braucht, um es in der eigenen verständlichen, moralischen, nationalen und bürgerlichen Welt auszuhalten. Hier kann nur noch die Tiefenpsychologie helfen. Heinrich Heine, vielleicht der erste, der den Zwiespalt zwischen dem Geist und dem Deutschen besonders heftig empfunden hat, schrieb 1824: „Meine Brust ist ein Archiv deutschen Gefühls.“ Kein moderner Intellektueller dürfte das mehr so ausdrücken. Aber Teilhaber des deutschen Geschicks und damit Repräsentanten Deutschlands sind nicht zuletzt die, welche am meisten darunter leiden.

### Deutschland als Aufgabe

Wer umgekehrt das Thema Deutschlands tabuisiert und es damit grundsätzlich ausschließt aus seinem verantworteten Dasein, wie manche es programmatisch wollen und viele es praktisch tun, der ist damit noch kein Vaterlandsverräter, wohl ein Banause. Er versagt vor der Forderung des Geistes, das Gegebene im Aufgegebenen zu spiegeln. Die Frage nach Deutschland als nach etwas, was uns in der Wirklichkeit unseres Geschicks gegeben und was uns eben deshalb im Geist aufgetragen ist, darf unter uns nicht verstummen, auch wenn wir die Antworten der Väter nicht einfach wiederholen können. Der Väter! Nehmen wir das Wort „Vaterland“. Daß es einmal einen guten Klang gehabt hat, ist noch kein Beweis gegen die, welche hier lauter Mißtöne hören. Daß es aber denen höchst ungut tönt, welche die Stimmen Hugenbergs und Hindenburgs, Ludendorffs und Hitlers noch im Ohr haben, ist wiederum kein Beweis dafür, daß es immer schon eine böse Sache gewesen sei. Es

gehört zu den ersten, den gewiß noch primitivsten Aufgaben eines geistigen Deutschland, die falschen Fronten, die sich unter uns gebildet haben, aufzubrechen.

Das Wort und die Sache des Vaterlandes verdanken sich einem Aufbruch des Geistes: dem Widerspruch gegen das Dumpfe, Bequeme, Zerfahrene, gegen das Verspießte und Reaktionäre einer gegebenen Situation. Dafür stehen nicht nur die Namen der Denker und Dichter der Freiheitskriege; dafür steht auch, ein paar Jahre früher schon, der aus völlig anderen Ursprüngen kommende Schiller. Dafür steht, wie mir scheint, an dieser Stelle zuoberst Heinrich v. Kleist. In einer nur dem reinen Geist möglichen kristallinen Härte erlaubt er sich weder ein Ausgreifen ins Metaphysische, wie Fichte, noch ein Verströmen ins Gefühlige, wie Ernst Moritz Arndt:

„Du liebst dein Vaterland, nicht wahr, mein Sohn?“

„Ja, mein Vater, das tu' ich.“

„Warum liebst du es?“

„Weil es mein Vaterland ist.“

Wer hier Unrat wittert, der kann sich jedenfalls nicht auf den Geist berufen. Denn der Geist erkennt den Geist; auch wenn dieser sich in Formen ausdrückt, von denen er sich in anderer Stunde abstoßen muß, eben um dem harten Amt unbestechlichen Protestes treu zu bleiben, das Heinrich von Kleist in seiner Stunde ausgeübt hat. Wohl aber kann niemand den Ungeist daran hindern, das, was einmal Aufbruch war, sich zum Faulbett zu wählen, ja sich dessen als prunkenden Besitzes zu brüsten, was für den Geist Auszug aus allem Besessenen in das Unbekannte und Unbehauste war.

#### Das Wesen des Geistes

Wir müssen an dieser Stelle noch einmal ein Wort zum Wesen des Geistes sagen — wenn wir uns schon auf das Thema des geistigen Deutschland eingelassen haben. Nichts in dieser irdischen Welt ist ein für allemal geistig, richtig, schön und gut, etwa das Vaterland, wie die einen bei uns meinen. Aber auch nichts in dieser geschaffenen Welt ist ein für allemal geistlos, dumpf, unappetitlich und eben ein Gegenstand der Verwerfung. Manche gibt es heute, die das Vaterland hierhin rechnen. Geist ist ein Prozeß, ich könnte auch sagen, er ist unsere Geschichte. Er ergreift alles, spiegelt es, zersetzt es, bewahrt Altes und bringt Neues hervor, von dem er sich wiederum absetzt, um es zu überholen oder auch einmal seltsam zu wiederholen. Das Gegenteil des Geistes ist nicht das Materielle oder das Wirtschaftliche, das Technische, das Politische. Der Gegensatz zum Geist ist die Unbeweglichkeit, etwa die Meinung, wenn man in einem fahrenden Zug bequem sitze oder trotzig stehe, dann bewege man sich nicht. Es ist der Austritt aus der Geschichte, aus der man nicht austreten kann. Wenn wir uns heute bequem im „Vaterland“ niederlassen oder trotzig bei ihm stehen bleiben, so ändert das nicht das mindeste daran, daß der Zug unserer Geschichte in ziemlich rasender Fahrt seit Heinrich von Kleist weitergefahren ist. Trotz vieler Mißbräuche, die es auch früher schon gegeben hat, konnte man das, was einst mit Vaterland gemeint war, noch mit Vaterland ausdrücken — bis zum 20. Juli 1944. Unter den von Roland Freisler zum Galgen Verurteilten ist wieder ein Kleist: Ewald v. Kleist. Er hat in den Briefen an seine Frau von Gott und vom

Vaterland gesprochen, von der Heiligkeit, die beide miteinander verbinde, von der daraus folgenden Pflicht, die keine Rücksichten auf eigene Wünsche kennen dürfe, und von der zu jedem Opfer bereiten Liebe zu Gott und Vaterland, die das Herz bis zum letzten Atemzug erfülle. Er durfte so sprechen, wie es sein früherer Vorfahr mußte.

Wir aber können das Vermächtnis derer vom 20. Juli, hinter denen die große Vaterlandstradition steht, nur wahrnehmen, wenn wir aufbrechen, wie sie aufgebrochen sind, wenn wir widersprechen, wie sie widersprochen

---

*Die Weltgeschichte ist nicht nur, wie sie meistens dargestellt wird, eine Geschichte des menschlichen Mutes, sondern auch eine Geschichte der menschlichen Feigheit, die Politik nicht, wie man durchaus glauben machen will, Führung der öffentlichen Meinung, sondern sklavisches Sichbeugen der Führer vor eben derselben Instanz, die sie selber geschaffen und beeinflußt haben.*

Stefan Zweig, Joseph Fouché, 1950

---

haben, wenn wir weggeben, wie sie weggegeben haben — sicher noch nicht unser Leben, aber manches von dem, was einmal „die höchsten Güter der Nation“ hieß. Für unsere Liebe, auch zum Vaterland, gilt der Satz, den der aus Österreich nach London emigrierte Elias Canetti<sup>2)</sup> schrieb: „In der Liebe sind Versicherungen wie eine Ankündigung ihres Gegenteils.“

„Land der Liebe, Vaterland,  
Heiliger Grund, auf den sich gründet,  
Was in Lieb und Leid verbündet  
Herz mit Herzen, Hand mit Hand:  
Frei wie wir dir angehören  
Und uns dir zu eigen schwören,  
Schling um uns dein Friedensband,  
Land der Liebe, Vaterland!“

Diese Verse Rudolf Alexander Schröders sind ein Nachklang. Deutschland als geistige Aufgabe von heute und für morgen kann sich darin nicht mehr ausdrücken. „Vor so viel Zuversicht“, schreibt Günter Eich<sup>3)</sup> zweifelnd in einem Gedicht, das Peter Huchel, der im anderen Teil Deutschlands lebt, gewidmet ist:

„Vor so viel Zuversicht  
bleibt unsre Trauer windig,  
mit Regen vermischt,  
deckt die Dächer ab,  
fällt über jedes Lächeln,  
nicht heilbar.“

Wir können uns gegen das Geschick, das Deutschland heißt, sträuben oder es akzeptieren. Wir können das eine wie das andere in primitiver oder auch in sehr verantworteter Weise tun. Wir können aber weder zu uns noch zu anderen sagen: Zwanzig Jahre sind genug; von nun an bin ich nur noch stolz auf Deutschland.

<sup>2)</sup> Aufzeichnung 1942–48, München 1965.

<sup>3)</sup> Zu den Akten, Frankfurt 1964, S. 8.

## Deutsches Nationalgefühl?

Es gibt nicht nur den Unterschied der Zeiten. Es gibt auch den Unterschied der Räume bei anscheinender Gleichzeitigkeit: Was dem einen Raum recht ist, muß dem anderen noch lange nicht billig sein. Gewiß, man könnte vor Neid erblassen, wenn man auf dem Fernsehschirm das große Gesicht des französischen Staatspräsidenten sieht und die Stimme hört, die eine Rede zur politischen Lage nicht nur schließt, sondern auch inhaltlich zusammenfaßt mit den Worten: Vive la république! Vive la France! Bei uns würden diejenigen, welche die Republik leben lassen möchten, auf die Betonung Deutschlands, die, welche Deutschland leben lassen möchten, auf die Republik kaum einen gesteigerten Wert legen; und die, welche überhaupt etwas hoch leben lassen wollten, würden ein Kopfschütteln bei all denen hervorrufen, die nichts als leben wollen.

Aber müßten wir nicht auch so etwas haben wie ein gehobenes, feierliches Nationalgefühl? Wir würden uns damit heute nicht in schlechter Gesellschaft befinden. Wäre es deshalb nicht die Aufgabe unserer Zeit, dem deutschen Nationalgefühl das zu geben, was ihm trotz wirtschaftlicher Expansion und sozialer Höchstleistungen bisher weithin versagt geblieben ist: ein gesundes Selbstbewußtsein und geistigen Glanz? Nun — was das Selbstbewußtsein angeht, so wird jeder Verständige wünschen, daß die Periode, in der es nur entweder verschämte oder unverschämte Deutsche zu geben schien, möglichst bald vollends von der Zeit eines ruhigen, selbstverständlichen Auftretens des Deutschen in der Welt abgelöst werde. Aber das Mittel, um dieses zu erreichen, kann nicht die Aufmöbelung eines spezifisch deutschen Selbstbewußtseins sein. Jeder Versuch in dieser Richtung führt doch nur zu dem, was die Engländer in einem etymologisch unserem „selbstbewußt“ entsprechenden Wort *self conscious* nennen. Das Wort bedeutet aber im Englischen, daß einer über die eigenen Füße stolpert, nicht weiß, was er mit seinen Händen anfangen soll; kurz: es bedeutet jene Ungeschicklichkeit und Unsicherheit, die eben daher kommt, daß einer sich zu viel mit sich selbst beschäftigt. Nicht mit sich selbst und dem image des Deutschen soll sich der Geist in Deutschland beschäftigen, sondern mit den Aufgaben, die ihm in der eigenen Gesellschaft und in der Welt gestellt sind.

Was aber ist dann von dem heute wieder in Mode kommenden Nationalismus zu halten? Hier gilt es zu unterscheiden. Wir leben nicht in Frankreich. Die Aufwertung des Französischen dort, die manche so gern in Deutschland imitieren möchten, hat neben restaurativen und durch und durch unfruchtbaren Zügen doch auch gute Gründe, auf die wir in Deutschland keinen Anspruch erheben können. Alfred Grosser hat in seinem Buch über die Vierte Republik darauf hingewiesen, daß Frankreich das einzige Land sei, das sich gezwungen sehe, gleich die beiden zentralen Themen der Weltpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Probleme seiner Innenpolitik auszutragen, nämlich die Spaltung zwischen der freien Welt und dem Kommunismus einerseits und die Auflösung der kolonialen Imperien mit der Neubegründung eines partnerschaftlichen Verhältnisses zu den jungen Staaten andererseits. Daß es in der Lösung dieser weltpolitischen Aufgaben auf innenpolitischem

Gebiet ein gutes Stück vorangekommen ist, wird kaum jemand bestreiten können. Mindestens auch das klingt mit in „Vive la république! Vive la France!“ Eine deutsche Imitation wäre demgegenüber ohne Boden. Spricht man uns dann von nationalen Tendenzen in den Ostblockländern, so ist doch wohl deutlich, daß es sich hier nicht um Restauration, sondern um Freiheit, um Gegenwehr gegen einen bislang übermächtigen Druck handelt. Weist man uns schließlich auf den Nationalismus in Asien und Afrika hin, um das eigene Bedürfnis nach nationalem Prestige zu rechtfertigen, so muß einmal daran erinnert werden, daß nicht alles, was es irgendwo gibt, deshalb schon nachahmenswert ist. Darüber hinaus aber verkennt man, daß etwa der afrikanische Nationalismus im wesentlichen nicht eine romantische, nach rückwärts orientierte und die jungen Nationen in sich verschließende Tendenz hat, sondern daß er eine öffnende, progressive, auf Beteiligung am Weltaustausch der Güter und der Gedanken gerichtete Kraft ist. Er entspricht viel eher dem, was wir bei uns etwa mit dem Europa-Gedanken verbinden als dem, was wir hierzulande unter Nationalismus zu verstehen gewohnt sind.

## Deutscher Geist und deutsche Nation

Nun kann der Geist, der die Wirklichkeit bespiegelt und sie dadurch erst sichtbar oder erkennbar macht, gewiß der Wirklichkeit einer Nation in ihrem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dasein auch Glanz verleihen. Er wird dies aber gerade nicht tun, wenn er gewissermaßen zum Zweck der Glorifizierung in Gang gesetzt wird. Der Mond und die Sterne, die nicht dazu da sind, die Erde zu beleuchten, verklären die Nacht. Das vom Tag her Gewohnte und verfügbar Erscheinende wird zwar für unser Tagesauge undeutlicher, gewinnt aber im fremden Licht eigene Wirklichkeit. Der Anstrahler dagegen hebt nur das sogenannte Faktische eines Gesichts, einer Stadtmauer, eines Doms stärker hervor und dient deshalb vielfach auch unmittelbar dem Vorgang des Verfügens in der Erfassung von Details und der Reproduktion im Bild. Der Geist ist kein Anstrahler, auch nicht für die Nation. Er verstärkt nicht die Illusion der Verfügbarkeit dessen, was da ist. Er läßt vielmehr die Wirklichkeit ein Stück weit in ihrer eigenen Mächtigkeit sehen, einer Mächtigkeit, die freilich auch ihr Jammer sein kann. Der Glanz, den der Geist verleiht, ist nicht Überhöhung dessen, was wir so gemeinhin sehen und auf was hin wir eine Objektwelt festgelegt oder festgestellt haben; der Geist hebt die Wirklichkeit, diese „fable convenue der Philister“, wie Hugo von Hofmannsthal sagt, nicht hoch; er hebt sie auf. Widerspruch und Verfremdung sind oft Hinweise darauf, daß er am Werk ist. Wer diese nicht will, der soll auf den Glanz verzichten und sich mit dem Flitter nationaler Werbeprospekte begnügen, die in der politischen, auch kulturpolitischen Wirklichkeit freilich unentbehrlich sind. Aber nicht die Bücher oder Filme über deutsche Art, deutsche Landschaft oder deutsche Leistung repräsentieren Deutschland im Geist, sondern vielleicht eine physikalische Formel von Heisenberg, eine den meisten von uns höchstwahrscheinlich unverständliche und unzugängliche Klangfolge von Stockhausen oder eine recht mißtönende Blechtrommel von Günther Grass.

Der Geist — auch dieser Geist, von dem wir hier

sprechen — weht, wo er will. Er kann nicht dafür in Pflicht genommen werden, deutsche Windmühlen zu betreiben. Er hat, zumal in unseren Generationen, keinesfalls die Aufgabe, die Nation metaphysisch zu verankern. Deutsch sein und Charakter haben sei unzweifelhaft dasselbe, hat der Philosoph Fichte gemeint, und sein Fachgenosse Rudolf Eucken<sup>4)</sup> hat hundert Jahre später davon gesprochen, „daß wir die Seele der Menschheit bilden und daß die Vernichtung der deutschen Art die Weltgeschichte ihres tiefsten Sinnes berauben würde“. Solche und ähnliche Sätze mögen zu ihrer Stunde einen erweckenden Sinn gehabt haben. Wiederholen dürfen wir sie nicht.

Aber die schüchternen Versuche von heute sind nicht viel besser, so wenn man etwa nach 1945 Deutschland als die Inkarnation menschlicher Verworfenheit und Schuld oder — in biblischer, fast sakrilegischer Wendung — als den leidenden Gottesknecht, der büßt und sühnt, gezeichnet hat. Auch die Rede von der Mitte Europas, wie man sie in unseren Tagen da und dort wieder hört, ist mehr als verdächtig, auch und gerade dann, wenn man damit den konkreten Sinn verbindet, Deutschland habe den speziellen Beruf, als Brücke zwischen Ost und West, auch zwischen östlicher und westlicher Geistesart zu dienen. Man sollte eben doch dem ganzen Unternehmen, Deutschland einen wie immer gearteten Ort in der Welt des Geistes zuzuweisen, endgültig den Abschied geben — schon deshalb, weil es in der „Welt des Geistes“ keine Örtlichkeiten gibt.

#### Geist und Wirklichkeit in Deutschland

Wenn nun aber der Geist am deutschen Geschick zwar, wie an aller Wirklichkeit, eine Aufgabe, aber für Deutschland als solches keinen reservierten Sitzplatz hat — wie soll dann die deutsche Wirklichkeit dem Geist einen Platz einräumen? Daß sie das soll und daß sie es, nun wir unsere Häuser und Waschmaschinen haben, mehr soll als bislang, das ist doch wohl eine so verbreitete Meinung, daß man ihr sogar die Zugkraft eines Wahlargumentes auf der einen wie auf der anderen Seite, und auf der dritten natürlich erst recht, zutraut. Der Platz, den man dem Geist in Deutschland einräumt, ist schon da. Man muß aber davor warnen, ihn noch um einiges zu erweitern und dann zu meinen, man habe damit der Forderung des Geistes Genüge getan. Der vorhandene Platz ist übrigens so gering nicht; es ist ein ganzes Reich. Das Reich des Geistes, das sind unsere Schulen und Hochschulen, die Kirchen und die Theater, die gelehrten Gesellschaften und die Kabarets, die vielen Bücher und die zahlreichen Akademien — samt dem, was von alldem in den Zeitungen, durch Rundfunk und Fernsehen reproduziert und in Massen verbreitet wird. Dagegen kann im einzelnen dies und jenes eingewandt werden; im ganzen kann man aber nichts dagegen, sondern nur etwas dafür sagen, wenn man nicht der Not oder dem Stumpsinn das Wort reden will. Wenn ich trotzdem meine, daß durch eine gewissermaßen räumliche Erweiterung dieses Reichs der Forderung des Geistes und dem in der Bevölkerung ganz richtig gefühlten Bedürfnis nicht Genüge getan werde, dann hat das einen anderen Grund.

<sup>4)</sup> Nach Lübbe, Politische Philosophie in Deutschland, Stuttgart 1963, S. 185.

Dieses Reich hat trotz allem zu sehr den Charakter eines Bereichs, wo man dem Geist einen Platz eingeräumt, wohin man den Geist aber auch abgeschoben hat. Das Kabarett ist nicht immer ein gutes Signum für Geist. Aber nehmen wir es einmal als Beispiel. Es ist ja doch schön, daß man in unseren Kabarets so gut wie alles sagen darf. Aber mit dem Sagen ist es eben nicht getan. Die ungunstigen Auswüchse des Wirtschaftswunders werden dadurch nicht behoben, daß die, denen solche Auswüchse angelastet werden müssen, hohe Eintrittspreise dafür bezahlen, daß sie verulkt werden. Nehmen wir an, der Geist habe gesprochen. Aber wenn die Vorstellung vorbei ist, kommt es weder den Kabarettisten noch ihrem Publikum in den Sinn, irgend etwas an dem eben im Spiegel gerügten Verhalten zu ändern. Oder denken wir an die Kirchen als ein ganz anderes Beispiel. Was am Sonntag gesagt und — ich möchte das annehmen — weithin auch geglaubt wird, spielt von Montag bis Sonnabend oft eine verzweifelt geringe Rolle. Man kann fragen, ob das daran liegt, daß am Sonntag nicht das Richtige gesagt wird, oder daran, daß am Werktag nicht das Richtige getan wird. Man soll sich die Antwort auf diese Frage nicht leicht machen; denn wahrscheinlich ist von beidem etwas da, und sicher hängt sogar das eine mit dem anderen so eng zusammen, daß die isolierte Behandlung des einen oder des anderen bloße Kurpfuscherei wäre. Tatsache ist, daß im Blick auf Kabarett und Kirche, Philosophie und Theater alles im Bereich des „Geistigen“ zu bleiben droht und daß die Wände, welche die verschiedenen Bereiche unseres Lebens voneinander trennen, immer undurchlässiger werden. Das Prägnanteste, was man dazu lesen kann, steht bei Max Horkheimer<sup>5)</sup>. Durch die säuberliche Trennung von Idee und Realität „im Betrieb der Gesellschaft verschwindet der Gegensatz, der nur besteht, sofern sie eins sein wollen. Mit der Versicherung, sie stelle alles ‚in Frage‘, bequemt sich Philosophie in diesem Jahrhundert, weit schmiegsamer als die ältere, der es bewußt um Rechtfertigung ging, zu jener Integration, auf die zu verzichten die Bedingung ihrer Arbeit ist.“

Deshalb liegt die Aufgabe heute in erster Linie nicht darin, den Bereich des Geistes zu erweitern, sondern darin, die Wände abzubauen, die den Geist isolieren. Als ob eine Fabrik nichts mit Geist, Politik nichts mit Literatur, die Sozialordnung nichts mit der Frage nach dem Sinn menschlichen Lebens zu tun hätte! Geist ist nicht eine Abteilung neben anderen, kein Konsumgut, das man sich auch noch zuführen kann. Geist ist verantwortetes Dasein im Konsumieren und Produzieren, im Handeln und im Leiden. Seien wir kritischer im Vollzug unseres praktischen Lebens, dann brauchen wir nicht so viel Hyperkritik in der Kulturtheorie. Seien wir weniger geistvoll im sogenannten Geistigen, falls das der Preis dafür sein sollte, daß wir weniger geistlos in allem übrigen sind. Lassen wir uns aber von der Strenge und der Heiterkeit, der Ironie und der Verzweiflung des Geistes dadurch nichts abmarkten. Geben wir den Geist durch zündende Forderungen an Bund, Länder und Gemeinden nun nicht auch noch in Staatspension — wie so manches vor ihm —, sondern halten wir ihm in unserem persönlichen Etat und in unserem eigenen Haus den Un-

<sup>5)</sup> Sociologica II, Frankfurt 1962, S. 22.

terschlupf, den er braucht. Sorgen wir dafür, daß die öffentliche Hand, anstatt sich seiner zu bemächtigen, sich viel eher von ihm leiten läßt. Dazu aber bedarf es in den gesetzgebenden, regierenden und verwaltenden Körperschaften Männer und Frauen, deren profillose Linientreue nicht das höchste Ideal ist, und deren einziges Verdienst nicht in jahrelanger Antwortschaft auf Belohnung besteht.

### Der deutsche Geist in der Welt

Deutschland als geistige Aufgabe — bedeutet zunächst nicht, daß wir neben allem anderen noch etwas weiteres tun, sondern, daß wir das, was wir tun, mit wachen Sinnen tun, in geistiger Freiheit und dem Bewußtsein persönlicher Verantwortung noch für das, was wir nicht ändern können. Erst wenn das deutlich geworden ist, kann davon die Rede sein, daß wir auch über das bisher Getane hinausgehen müssen. Dafür können dann durchaus auch Schwerpunkte aufgezeigt werden, die geistiger Beweiflung und Erhellung, verantwortlicher Besinnung und Neugestaltung besonders bedürfen.

Da ist in allererster Linie Europa. Es ist heute nicht mehr so modern, wie es einmal war. Das ist eine gute Voraussetzung, sich über seine Notwendigkeit endlich im Geist klar zu werden und nicht nur emotional dafür oder dagegen zu sein. Europa ist groß genug — ich meine das nicht nur im räumlichen Sinn —, um uns aus der Nabelschau eines nationalen Narzißmus aufzuschrecken. Es ist klein genug, daß der Schritt des Geistes, der hier getan werden muß, nicht ein Taumeln ins Verblasene wird. Hier und nur hier laufen die Linien, welche die Bereiche unseres Lebens so unheilvoll voneinander trennen, nicht zum unverbindlich Allgemeinen, sondern zum verbindlich Konkreten zusammen: das Wirtschaftliche, das Technische, das Politische, das Soziale und das Kulturelle. Europa ist der Schritt, der jetzt von denen getan werden muß, die eine größere Menschheitsgesellschaft wirklich wollen — und nicht nur von ihr träumen. Natürlich ist Europa im Weltmaßstab gesehen Provinz. Aber das Provinzielle an Europa ist, daß es sich für die Hauptstadt der Welt hält. Würde Europa sich als Provinz in einer Welt, in der es keine Kapitalen mehr geben kann, begreifen, so hätte es seine provinzielle Enge gesprengt.

Das Zweite, eng mit dem Ersten zusammenhängend, sind die Entwicklungsländer. Von ihnen ist viel die Rede. Aber die Millionen von Entwicklungsgeldern, die auch aus Deutschland Jahr für Jahr gegeben werden, bleiben menschlich und deshalb geistig beinahe umsonst, solange es beispielsweise nur einen einzigen Band afrikanischer Lyrik bei uns gibt. Hören wir das Gedicht einer nigerianischen Studentin, Mabel Imoukhuede:

Hier stehn wir,  
Jung noch, vergreist schon,  
Pendler zwischen zwei Welten  
Nirgends daheim.  
Daß doch etwas geschehe,  
Uns die Richtung zu geben und den Impuls.  
Im Dunkeln ein Tasten nach helfender Hand,  
Aber keiner ist da.

Ich bin müde, o mein Gott,  
Bin ich müd.  
Ich bin müde vom Stehen.  
Zwei Wege sind kein Weg.  
Wohin soll ich gehn?<sup>6)</sup>

Nehmen Sie dazu das Ende eines Gedichts von Paul Celan:

Wir  
wissen ja nicht, weißt du,  
wir  
wissen ja nicht,  
was  
gilt.<sup>7)</sup>

Das Nebeneinander solcher Gebilde deutet ja wohl auf Beziehungen zwischen Afrika und Europa hin, die mit dem Wort Entwicklungshilfe nicht mehr hinreichend beschrieben werden können.

Das Dritte ist das Verhältnis von Demokratie und Exptokratie. Wir brauchen beides: den gesellschaftlichen Konsens, der sich in der Demokratie ausdrückt, und den hohen, weithin spezialisierten Sachverstand, dem wir beispielsweise den Erfolg der europäischen Gemeinschaften verdanken. Wir brauchen beides in zunehmendem Maß, und doch scheinen sich, an den Institutionen und an den Gefühlstraditionen gemessen, die beiden Dinge zu widersprechen. Die hier auftretende Frage ist Teil eines noch größeren Problems der technischen Gesellschaft, nämlich des Zusammenspiels von Vertrauen und Kontrolle. Hier muß neu gedacht und neu gebaut werden.

Mit diesem Dritten ist als Viertes verbunden die Fragwürdigkeit von Wissenschaft und Technik als den bestimmenden Mächten unseres Daseins. Weder gegen sie zu protestieren, noch sich ihnen bedingungslos auszuliefern, hilft weiter. Aufgabe ist, mit Hilfe von Wissenschaft die Voraussetzungen von Wissenschaft zu erkennen und mit Hilfe von Technik einige Folgen der Technik abzuwehren — und so einen Prozeß zu fördern und zugleich aufzuhalten, indem man ihn begreift.

Deutschland als geistige Aufgabe kann sich nicht im Aufbau eines geistigen image des Deutschen erfüllen. Es kann sich nur in der vorbehaltlosen Teilnahme an den unserer Welt gestellten Aufgaben von Fall zu Fall verwirklichen. Die Aufgaben sind so, daß ein Maß geistiger Anstrengung gefordert ist, von dem wir noch nicht wissen, ob die Menschheit es aufbringen kann — und noch viel weniger, ob gerade die vom deutschen Geschick Betroffenen einen wesentlichen Anteil daran haben werden. Wo aber die Wirklichkeit fraglich wird, da hat der Geist Verheißung. Tut die Wirklichkeit diktatorisch ihren Spruch, kann der Geist nichts als Widerspruch anmelden. Zeigt sie sich aber als Frage, wird er zur Antwort. Ein nur selbstgewisses Deutschland wird den Geist immer zu seinem Widersacher haben. Ein in seiner Fraglichkeit offenes Deutschland darf sich dem Geist anvertrauen.

<sup>6)</sup> Paul Albrecht: *The Churches and Rapid Social Change*. New York 1961, S. 156; eigene Übertragung.

<sup>7)</sup> Die Niemandsrose, Frankfurt 1963, S. 12/13.

Gerhard E. Stoll. Die evangelische Zeitschriftenpresse im Jahre 1933. Luther Verlag, Witten 1963. 300 Seiten, DM 26,—.

Diese umsichtige Zusammenstellung von Äußerungen der evangelischen Presse aus dem Jahre 1933 ergibt einen geradezu beklemmenden Einblick in begeisterte Zustimmung der Mehrzahl der evangelischen Christenheit zum Nationalsozialismus und der Machtergreifung. Dabei überrascht es nicht, daß die Deutschen Christen, jene fünfte Kolonne innerhalb der evangelischen Kirche, Erklärungen und Verfügungen Hitlers als unantastbare Norm über Schrift und Bekenntnis stellen.

Es ist aber erschütternd, bei ernsthaften Christen auf ein fast völliges Versagen jeder kritischen Distanz gegenüber den durch die Nationalsozialisten erlassenen Anordnungen zu stoßen. Daß auch Maßnahmen einer revolutionären Regierung am allein gültigen Maßstab der Gebote Gottes zu messen sind, wird entweder gar nicht gesehen oder nur mit soviel Vorbehalt gesagt, daß es die Machthabern gewiß nicht als Fragezeichen hinter ihrer Politik verstehen konnten. Dagegen ist die Kirche im ganzen von einer hektischen Hast erfüllt, bei diesem „Aufbruch der Nation“ ja nicht den Anschluß zu verpassen. Dies heißt im damaligen Stil so: „Wir müssen zittern, daß wir die uns geschenkte Gnade nicht versäumen, wir fühlen, wie bei einer so großen Sache jeder einzelne mitgezählt ist. Wohlan so wollen wir uns taufen lassen mit neuem Ernste...“ Die hier erwähnte Gnade ist nicht etwa Gottes Zuwendung in Jesus Christus, sondern die mit Hitlers Machtergreifung angebrochene neue Zeit!

Wie unsicher und verlegen die evangelische Christenheit damals war, geht aus ihren Kommentaren zur Frage des Antisemitismus hervor. Eine theologische Reflexion über Sinn und Bedeutung Israels und der Juden fällt überhaupt aus; so kommt es, daß man gegen die Unterdrückungsmaßnahmen an den Juden nichts Erhebliches geltend zu machen weiß, das heißt ihnen aus patriotischen Erwägungen faktisch zustimmt

und aus christlicher Verantwortung nur um die Milderung von Härtefällen bemüht ist. So kann man in der Allgemeinen Ev. Luth. Kirchenzeitung lesen: „Der nationalsozialistische Staat wird den unheilvollen jüdischen Einfluß brechen und hat mit eisernem Besen gekehrt... Wir dürfen nicht weich werden! Wir dürfen nicht aus Schwäche eine Entwicklung weiter laufen lassen, die sich für beide, für das deutsche wie für das jüdische Volk, als verfehlt erwiesen hat... Es ist hart, wenn Deutsche, die mit ihren Vätern und Großvätern seit hundert Jahren sich daran gewöhnt hatten, gleichberechtigte Staatsbürger zu sein, wieder in die Rolle des Fremdlings sich finden müssen. Aber niemals dürfen solche Erwägungen zu sentimentaler Erweichung und Lähmung führen.“

Eine solche Einstellung mußte sich als Lähmung auswirken, als galt, gegenüber dem Unrecht an den Juden Stellung zu beziehen und auch die innerhalb der Kirche mit dem „Arierparagraphen“ einsetzende Diskriminierung als eine Unterminierung der Fundamente des christlichen Glaubens abzuwehren. Nur zaghaft meldete sich damals das „Deutsche Pfarrersblatt“ zu Wort: „Noch eine andere Frage brennt mich, fast getraue ich mich nicht, sie anzuschneiden. Die Juden gelten heute als verworfene Rasse. Unsere Religion ist aus der jüdischen Religion erwachsen. Die Schriftsteller der Bibel waren fast ausnahmslos Juden. Jesus war Jude. Paulus, Petrus, Johannes waren Juden.“

Daß dieser Passus dem Pfarrersblatt eine staatliche Verwarnung eintrug, hätte ein Alarmzeichen sein müssen. Man hätte von hier aus theologisch weiterdenken und auch handeln müssen. Das ist fast unterblieben. Es ist ein großes Verdienst des Buches, daß es auf diese Lücke — aber auch noch auf andere — mit großer Dringlichkeit aufmerksam macht.

Rudolf Pfisterer

## Leserbriefe

Im zwanzigsten Jahr danach  
Heft 5/1965

Sehr geehrter Herr Dr. Amelung!

Ich habe die Nr. 5 der „Evangelischen Verantwortung“ erhalten. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Diese Zeitung widert mich an!

Es widert mich an, wenn „20 Jahre danach“ eine Zeitschrift noch immer nicht müde geworden ist, pharisäisch zu proklamieren „mea culpa — mea culpa“. Es widert mich an, wenn ich „im 20. Jahre danach“ immer wieder lesen muß:

... daß jeder einzelne in getreuer Gewissenserforschung sich immer wieder fragt, was er einst versäumt hat, wo er vielleicht auch nur unterbewußt zugestimmt hat...

Die Quintessenz dieses ständigen sich selbst Anspuckens heißt doch, finden wir nicht irgend etwas, was wir uns vorwerfen können, z. B. weil wir

vielleicht auch nur unterbewußt zugestimmt haben.

Die Quintessenz dieser Elaborate ist doch immer wieder: wir wollen doch alle so gern schuldig sein, weil andere das gern hören.

Es wirkt im übrigen fatal, wenn diese Zeitschrift uns immer wieder zu suggerieren versucht „das deutsche Volk hat Schuld zu bezahlen, noch auf lange Sicht!“ Diese These muß als Gewinnstreben entlarvt sein, gerade wenn sie sich bewußt von ethischem Verschulden losgelöst und die bürgerlich-rechtliche Obligation dafür vorschleibt. Zu einer Nachlaßverbindlichkeit im Rechtssinne gehört aber doch ein legitimer Gläubiger. Es gehört dazu eine vom Gesetz ausgewiesene Rechtsnachfolge. Ich weiß nicht, ob Herr Mann das zu begreifen vermag oder ob er es begreifen will. Und ich weiß nicht, ob Sie es können und wollen. Aber der Staat Israel ist sicherlich nicht legitimer Rechtsnachfolger für Opfer nationalsozialistischer Gewalttat. Er mag nach der „Ethik“ der Politik Empfänger von freiwilligen Sühneopfern sein, wenn man der Politik überhaupt eine Ethik zuerkennen darf. Was wir von der Politik erleben, spornt nicht dazu an. Es scheint viel eher dem Volksmund zuzustimmen zu sein: „Politik verdirbt den Charakter!“ Und dann hat sie also garnichts mit Ethik zu tun.

Es ist gut, wenn ein besinnlicher Mensch sich bewußt wird:

Jetzt sind es 20 Jahre her. Aber man sollte nicht gleich wieder übertreiben. Sie hätten als verantwortlicher Redakteur einen Artikel zu diesem Thema auswählen sollen. Stattdessen hat offenbar Ihre Nr. 5 keinen anderen Inhalt als:

Lemmer: Im 20. Jahre danach  
Hellwege: 20 Jahre nach der Kapitulation  
Besson: Ende und Anfang deutscher Geschichte  
Mann: 20 Jahre danach

Von 20 Seiten sind 7 1/2 Seiten nur solchem Jahrgedenken gewidmet.

Sie sollen nicht sagen, ich könnte nur net sagen. Ich will Ihnen auch sagen, was ich entgegen Ulrich Mann vom unsterblichen pater peccavi und vom unendlichen Schuld-Bezahlen halte.

Das deutsche Volk hätte überhaupt nichts zu bezahlen gehabt, weder auf die längere Sicht der vergangenen 20 Jahre noch für die Zukunft. Denn es hat gelitten wie andere. Weder unsere Väter noch wir brauchen danach zu suchen, „was wir einst versäumt“ haben. Weder mein Vater noch ich haben etwas versäumt, und kein Deutscher hat mehr versäumt als die Juden, als die Emigranten und als die Antifaschisten. Die Deutschen haben 1933 ihr Wahlrecht ausgeübt, das ihnen die in der Welt anerkannte „Beste Verfassung“ eingeräumt hatte. Wenn es überhaupt einen Sinn und eine Berechtigung hätte, zu fragen, „Wer hat was versäumt“, würde man wohl sagen müssen, das deutsche Volk habe versäumt, diese Weimarer Verfassung mit Weisheit zu gebrauchen. Wenn es die Freiheit dieser vorbildlichen Verfassung nicht dazu mißbraucht hätte, 32 Parteien zu erfinden, hätte es keine „Machtergreifung“ gegeben. Doch vielleicht ist es bereits frivol, wenn ich an dieser Stelle Schuld suche. Es gab ja damals auch noch die Weltwirtschaftskrise, die wohl einiges zur Machtergreifung beigetragen hat. Es hat einen unsinnigen Friedensvertrag von Versailles gegeben, der solche Weltwirtschaftskrise kausal begründet hatte. Wer hat also was „versäumt“? Ich kann nicht annehmen, daß Ulrich Mann diese Zusammenhänge nicht kennt. Warum schreibt er dann so etwas? Damit wir Deutschen noch lange glauben sollen, wir hätten Schuld zu bezahlen „noch auf lange Sicht“. Das bringt ja etwas ein für die, die überlebt haben. Haben die nichts versäumt, weil sie vielleicht „in irgend einer Weise mitgeholfen“ haben, wo sie nicht hätten „zustimmen sollen“, nämlich emigrieren? Es ist furchtbar leicht zu sagen: Ich bin ja gegangen, aber ihr hättet Märtyrer sein sollen! Ich wollte nicht Märtyrer sein, ich bin lieber gegangen, aber weil du nicht Märtyrer sein wolltest, mußt du nun bezahlen „noch auf lange Sicht“, nämlich möglichst für alle Zeiten. Die Ohnmacht des demokratischen Wählers, der durch die Ausübung seiner demokratischen Rechte den Beelzebub an die Macht gerufen hatte, war ja offensichtlich. Es war für alle offensichtlich:

Die ich rief die Geister werd' ich nun nicht los.

Und da endet entgegen der Betrachtung des Herrn Mann jegliche Möglichkeit für die Schuld des deutschen Wählers. In der Ohnmacht vor dem Mißbrauch der Gewalt durch das

Dritte Reich gab es dann doch nur drei Möglichkeiten, nämlich entweder zu emigrieren, oder den Mund zu halten oder Märtyrer zu werden. Letzteres nützte erkennbar niemandem. Die Geschichte hat es uns bewiesen. In dieser Stunde der Erkenntnis solcher Ohnmacht hatte jeder Bewohner des „Großdeutschen Reiches“ die Wahl, welchen Weg er für sich gehen wollte. Mit dieser Wahl für sich selbst konnte er keinem anderen Unrecht tun. Aber wer damals diese freie Wahl dahin entschieden hatte, sich von seiner Heimat zu trennen, um der persönlichen Freiheit Willen, wer nicht sich entschloß, zu schweigen und in der Heimat zu bleiben, dem ist es auf der Grundlage solcher freien Entscheidung letzten Endes besser gegangen. Er hat 1000 Jahre lang seine Meinung frei sagen dürfen. Er hatte sich für diesen Weg frei entschieden. Und es fehlt ihm sicherlich jegliche Legitimation mit dem Finger auf die zu zeigen, die sich in dieser Situation der Ohnmacht dazu entschlossen, zu schweigen und in ihrem Vaterlande zu bleiben. Die haben mehr gelitten. Sie haben die Unfreiheit des Geistes ertragen.

Und nun bleiben noch die „Märtyrer“. Auch sie haben sich in der Erkenntnis der Ohnmacht vor der Gewaltherrschaft Hitlers frei entschlossen, Märtyrer zu sein. Es geht hier in meinen Gedanken ja nicht um die Frage von Schuld oder Unschuld derer, die durch eigene Handlung geholfen haben zu morden. Es geht darum, ob diese Märtyrer denjenigen Vorwürfe machen dürfen, die sich an der gleichen Stelle der Entscheidung dazu entschlossen hatten, nicht Märtyrer zu werden, sondern zu schweigen und zu dulden. Wer diesen Weg aufrecht gegangen ist, nämlich ohne sich der Gewalt zu beugen, dem schulden wir Achtung. Wir schulden ihm die Achtung vor menschlicher Größe, die auch die Märtyrer in der Geschichte gezeigt haben. Aber die wir mehr oder weniger geschwiegen haben, schulden den Märtyrern, die überlebt haben, keine Bußopfer in Geld. Entgegen der Formulierung des Herrn Mann haben wir ja in der Erkenntnis unserer Ohnmacht geschwiegen und nicht, wie Herr Mann das zu formulieren beliebt, „vielleicht auch nur unterbewußt zugestimmt“.

In der politischen Diskussion der jüngsten Vergangenheit über die Verjährung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen ist mit sehr lauter Stimme die Meinung eines großen Teiles der Bevölkerung laut geworden, daß es ja einmal Schluß sein müsse. Bei der Erörterung der „Kollektivschuld“ soll auf dieses Thema hier nicht eingegangen werden. Ich möchte nur aus diesem Gedanken die Meinung hierhin übertragen, daß es einmal mit dem heuchlerischen „mea culpa — mea culpa“ ein Ende nehmen müßte. Wer Schuld hat, soll sie vor dem Strafrichter büßen. Im übrigen aber möge doch die Presse endlich davon ablassen, ihre Spalten in unwürdiger Selbstbezeichnung noch „20 Jahre danach“ zu füllen. Und in einer Zeitschrift, die sich bereits in ihrem Titel auf den Boden des Christentums stellt, sollte den Verfassern solcher Artikel doch einmal vorgehalten werden:

Wer unter euch ohne Schuld ist, der werfe den ersten Stein . . .

Siegfried Heilmann, Düsseldorf

Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU